Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pf., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2,00 Mk. Bei wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unseres Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schudeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 212 (1. Blatt) Sonnabend, den 10. September 1921 49. Jahrgang

Ministerpräsident Kahr droht mit dem Rücktritt.

(TU) Die Verhandlungen zwischen den bayrischen Abgesandten und der Reichsregierung haben folgendes Ergebnis gehabt: 1. Bayern verlangt, daß gegenüber der Reichsausnahmeverordnung vom 29. August 1921 die Landeszuständigkeit gewahrt bleibt. Ein Kompromißvorschlag will diese Reichsverordnung auflösen und an deren Stelle eine neue mit den Landesbehörden als erste Instanz mit Beschwerderecht beim Reichstagsausschuß einführen. Das war für Bayern unannehmbar. 2. Bayern verlangt die unveränderte Aufrechterhaltung seines Ausnahmezustandes bis zur befriedigenden Aenderung der Verhältnisse. Die Reichsregierung verlangt dagegen die Aufhebung des bayrischen Ausnahmezustandes und Ersatz durch die bekannte modifizierte Reichsverordnung. Vor allem sollen die im bayrischen Ausnahmezustand vorgesehene Schutzhaft, die Ausweisungen und die Aufenthaltsbeschränkungen fortfallen, also gerade diejenigen Mittel, durch die Bayern bisher Ruhe und Ordnung in seinem Lande geschaffen und die landfremden Aufwiegler und damit den Bolschewismus ferngehalten hat. — In dem gestern abend zusammengetretenen Ministerrat hat Ministerpräsident von Kahr eine Rede gehalten und bereits seinen Rücktritt angekündigt, wenn der bayrische Ausnahmezustand aufgehoben werde. Der Ministerrat hat nach 5stündiger Dauer eine Pause gemacht und ist um 9 Uhr erneut zusammengetreten. Die Beratungen werden voraussichtlich bis Mitternacht dauern. Mit den Koalitionsführern wird Samstag vormittag beraten. Darauf wird der Landtagsausschuß mit der Sache betraut werden.

Auch das „Berl. Tagebl." meldet, daß im Laufe des Ministerrates die Aussicht auf eine glatte Annahme der Berliner Vorschläge sich verschlechtert habe und daß möglicherweise mindestens mit einer erneuten Stockung der Verhandlungen zu rechnen sei. — Einer Zeitungskorrespondenz zufolge hofft man in Reichstags- und Regierungskreisen in der Sitzung des Ueberwachungsausschusses am Montag zu einer befriedigenden Lösung der bayrischen Frage zu kommen.

Die bayrische Sozialdemokratie u. U. S. P.

denken, wie ein Telegramm des „Vorwärts" aus München betont, nach sicheren Informationen, keineswegs an eine gewaltätige Aktion in ihrem Kampf gegen die Regierung Kahr. Die bayrische Arbeiterschaft behält sich nach wie vor den Generalstreik und unter Umständen den Volksentscheid auf demokratischer Grundlage mit Abtrennung Nordbayerns von einem unbelehrbaren Kahr-Bayern vor. Die bayerische Sozialdemokratie wird niemals die Hand zu einem Putsch in Nord- oder Südbayern hergeben.

Der Bauernbund über die Selbstständigkeit Bayerns.

(TU) Aus den Kreisen des bayerischen Bauernbundes erhielt die „München-Ausburger Abendzeitung" eine Zuschrift, aus der hervorgeht, daß diese Partei hinsichtlich der Wahrung der Selbstständigkeit Bayern sich durchaus dem Standpunkt der übrigen Parteien und der bayerischen Koalitionsregierung anschließt. Die Ortsgruppe München der bayerischen Mittelpartei hat am 7. September einschließlich eine Entschließung angenommen, welche jedes Nachgeben der bayerischen Regierung vom deutschen wie vom bayerischen Standpunkt als verwerflich bezeichnet.

Aufhebung der Zeitungsverbote.

(TU) In der gestrigen Sitzung des Beschwerdeausschusses des Reichsrats wurde das Verbot des „Deutschen Tageblatts", des „Deutschen Abendblatts", der „Deutschen Zeitung" und der andern sechs Blätter deutschvölkischer Richtung erörtert. Der Ausschuß kam nach teilweise sehr lebhaften Wortgefechten mit dem sozialdemokratischen Innenminister Dr. Gradnauer zu dem Schluß, daß das Vorgehen des Reichsinnenministers, der der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August rückwirkende Kraft verliehen hat, dem klaren Wortlaut der Verordnung widerspreche und daher als ungesetzlich zu erklären sei. Die Zeitungsverbote sind infolgedessen aufgehoben worden. Das „Deutsche Abendblatt" erscheint bereits heute früh wieder.

Die Völkerbundsversammlung.

Unter dem Vorsitz van Karnebecks beschloß die Versammlung gestern, den Wunsch Lord Robert Cecils bezüglich die Oeffentlichkeit der Ratssitzungen erst nach der Berichterstattung durch eine Kommission zu besprechen. In der Debatte entwarf Lafontaine ein eindrucksvolles Bild über die Weltlage. Keiner finde von den Tendenzen, die die Welt bewegen, etwas im Bericht, weil er vom Generalsekretär und seinen Beamten verfaßt sei. Der Völkerbund habe keine Fortschritte gemacht. Anknüpfend an die gestrigen Darlegungen Lord Robert Cecils über die schleunige Abrüstung entwarf Lafontaine ein Bild eines zukünftigen Krieges. Was auch der Weltkrieg Entsetzliches erlebt hätte, so werde der künftige Krieg alle Schrecken und Entsetzen übertreffen. Das müsse endlich einmal gesagt werden. Es müsse sich überall ein so großer Protest gegen den Krieg erheben, daß auch in der Völkerversammlung der Wille entstehe, den Schrecken des Krieges ein Ende zu machen. Die Völker werden aufs schlimmste von den Folgen der Kriegsanleihen zu leiden haben. Die Gerechtigkeit verlange, daß diese Schulden vom Völkerbund übernommen werden. Dieser Plan sei keine Utopie. Die Länder, die nicht am Kriege teilnehmen und geringere Verluste erlitten haben, müßten den anderen Ländern zu Hilfe kommen. Redner geht auf den bereits früher von ihm vertretenen Gedanken der Bildung eines Weltmarkes u. die Unterdrückung der Zollgrenzen ein. Die Völker müßten dem nationalen Egoismus ein Ende machen. — Der norwegische Delegierte beschäftigte sich namentlich mit der russischen Frage, die die wichtigste Frage der Gegenwart sei. Er bedauerte, daß der Bericht des Rates die unglückliche Lage in Rußland mit keinem Wort erwähnte. Europa könne nicht ohne Rußland leben. Alle Anstrengungen, Europa wieder aufzurichten, würden sonst zum Mißerfolg verurteilt sein. In seiner Eigenschaft als Oberkommissar der Genfer Roten Kreuz-Konferenz für Rußland habe er tiefe Einsicht in das Elend Rußlands erhalten. Die Angaben der russischen Regierung über die Zustände im Lande verdienten Vertrauen. Die Welt müsse Rußland helfen. Es gäbe genügend Nahrungsmittel und es fehle auch nicht an Schiffen. Nansen hielt eine lange Rede über das Hilfswerk für Rußland. Er erklärte in kategorischer Weise, daß man sich bei der Durchführung des Hilfswerkes in jeder Weise auf die Sowjetregierung verlassen könne. Er habe bereits bei den Verhandlungen über die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen die Erfahrung gemacht, daß die Sowjetregierung streng ihre Verpflichtungen erfülle. Trotz des Kriegszustandes habe sie mehr als die versprochene Anzahl Gefangener heimtransportiert. Auch die Kleiderlieferungen für die Kriegsgefangenen sind trotz des ungeheuren Wertes, den Bekleidungsstücke in Rußland haben, stets unter die ausländischen Soldaten verteilt worden. Es könne daher kein Zweifel darüber bestehen, daß die Sowjetregierung, jetzt, wo es sich um Rußland selbst handele, absolut zuverlässig sei. Die Versammlung nahm Nansens Rede mit großem Beifall entgegen. Unter dem Beifall eines Teiles der Versammlung erklärte der persische Delegierte Cocah el Dauleh, daß in der Abrüstung noch nicht viel geschehen sei und daß die Welt die Augen auf Washington richte. Besonders energisch kritisierte er die Haltung des Völkerbundes im griechisch-türkischen Kriege. Die oberschlesische Frage müsse gerecht geregelt werden. Sie sei zu einem europäischen Skandal geworden. Ein großer Teil des Friedens Europas hänge von ihr ab. — Um ½2 Uhr wurde die Versammlung geschlossen. Der Präsident teilte mit, daß Venezuela das Protokoll des internationalen Gerichtshofes unterzeichnet habe.

Ein dritter Friedensvertrag?

Der „Temps" erfährt, daß die Regierung von Washington bisher keinen offiziellen Schritt bei der französischen Regierung wegen Anerkennung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages unternommen habe. Das Blatt erklärt, es erscheine gewiß, daß das Bestehen zweier verschiedener Friedensverträge zahlreiche Probleme des internationalen Rechts aufweisen würde. Man müsse fragen, ob diese Probleme ein für allemal durch einen dritten internationalen Akt geregelt werden soll, der zwischen den Vereinigten Staaten und den Alliierten beschlossen werden müsse, oder ob es vorzuziehen sei, die Schwierigkeiten nacheinander zu lösen, je nachdem sie in Erscheinung treten werden. Der Abschluß eines dritten Friedensvertrages hätte den Vorteil, viele Streitfragen aus der Welt zu schaffen. Natürlich müßten die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag von Versailles, namentlich bezüglich der Grenzziehung und der europäischen politischen Beziehungen, sowie bezüglich der Rechte und Interessen Deutschlands außerhalb Europas anerkennen. Wenn aber Washington der Meinung wäre, daß der neue Vertrag lange Formalitäten nach sich zöge, dann wäre es vorzuziehen, auf diesen Vertrag zu verzichten und die Schwierigkeiten dann zu regeln, sobald sie sich zeigen.

Ein Finanzprogramm des äußersten Willens.

„Gewiß ist es richtig, daß diese Angabe (Schaffung eines neuen Steuerprogramms mit Hilfe der Beseitigung unwirtschaftlicher Produktions- und Verkehrseinrichtungen) ungeheuer schwierig ist. Aber diese Schwierigkeit entschuldigt nicht die Unzulänglichkeit der Mittel, mit denen bis heute die Lösung versucht wurde. Man spricht viel von den Opfern für den Wiederaufbau Deutschlands. Aber werden sie denn wirklich gebracht? In Wahrheit steht es so, daß ein jeder nimmt und errafft, was er zusammenbringen kann; und das gilt für jede Klasse. Opfer sind Leistungen, die bewußt gebracht werden. Wo sind die Unternehmer oder Arbeiter, die in diesem Sinne der Nation Opfer bringen?"

So schreibt Julius Kalfti in den sozialistischen Monatsheften vom 29. August 1921. Er hat recht; dringlich ist die Untersuchung, ob alle Deutschen genug Opfer gebracht haben und welche Opfer noch gefordert werden können. Die Kriegskrüppel haben sie gebracht; ihrer Not nachzuspüren, wird auch vom sozialen Staate noch nicht genügend durchgeführt. Die kleinen Rentner haben ihre Opfer gebracht, indem sie erst von ihren Ersparnissen einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz zur Sicherung des Staates hingaben, dann ihm den größten Teil ihrer Ersparnisse zu einem Zinsfuß überließen, der sie heute infolge der Entwertung der Staatspapiere in schwere Not gebracht hat. Die Invaliden- und Altersrentner spenden ihre Opfer, indem sie unter dem Zwang ihrer kärglichen Einnahmen, die ihnen der Staat heute noch gewähren kann, den Verbrauch vermindern. Auch alle Festbesoldeten bringen Opfer, da ihre Entlohnung mit der Entwertung der deutschen Zahlungsmittel niemals Schritt halten kann. Und doch gibt es viele Leute, die keine Opfer bringen. Man braucht nicht in Berlin zu sein, um dies täglich feststellen zu können. Auf diese Kreise muß sich in erster Linie ein neues Finanzprogramm erstrecken.

Die „Kölnische Zeitung", welche einleitend zu dem Vorschlag eines solchen „Finanzprogramms des äußersten Willens" obige Zeilen schreibt, entwickelt dann ein solches. Wir entnehmen den längeren, jedenfalls sehr interessanten und beachtenswerten, Ausführungen folgendes:

1. Die Devisenspekulation.

Wir sind uns heute klar darüber, daß der Sturz der Mark seit Anfang August nicht nur durch die starken Einkäufe der deutschen Regierungsstellen in Auslandsdevisen verursacht worden ist, sondern daß die zugleich einsetzende private Spekulation die deutsche Valuta noch tiefer nach unten gedrückt hat, als die normale Folge der staatlichen Einkäufe gewesen wäre. Deutschen Exporteuren kam eine günstige Gelegenheit, das Auslandgeschäft wieder zu beleben. Die Reichsregierung erhielt von ihnen keine Auslandsdevisen, weil sie zur Spekulation gebraucht wurden. So braucht man sich nicht überrascht zu fühlen, wenn die deutsche Regierung jetzt daran geht, die Devisenordnung wieder voll in Kraft zu setzen. Anders kommen wir auch nicht vorwärts. Denn der aus dem Niedergang des Markkurses für die Exportindustrie entstehende Nutzen wird auf der andern Seite durch das ungeheure Steigen der Lebensmittelpreise und die Rückwirkung auf Löhne und Gehälter sofort mehr als wettgemacht, und zwar zum Schaden der deutschen Wirtschaft. Der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr will zwar vorläufig davon absehen, bindende Einzelbestimmungen zu treffen, aber diese werden kommen müssen, wenn die Exporteure nicht davon absehen, selbst in Auslandsdevisen noch Spekulation zu treiben. Man sagt, es sei sehr schwer, den notwendigen von dem spekulativen Devisenhandel zu unterscheiden. Bei einer Zentralisierung des Devisengeschäfts wird es aber sehr gut möglich sein, das ungeheure Heer der Mitläufer von denen, die wirklich Devisen brauchen oder abzugeben haben, abzusondern. Im übrigen sind die für die Valuta-Umsatzsteuer vorgeschlagenen Sätze zweifellos viel zu niedrig. Schon ihre Erhöhung würde einen großen Teil der unwillkommenen Elemente vom Devisenmarkt abhalten.

Wir dürfen nicht übersehen, daß hier der Angelpunkt für die gesamte neue Steuergesetzgebung liegt. Denn in dem spekulativen Einfluß auf unsre Valuta liegt der Ausgangspunkt für die Schwierigkeiten bei der Ausgleichung des ordentlichen Staatshaushalts. Wir müssen den spekulativen Valutahandel in erster Linie treffen, sonst fallen alle neuen Steuern in ein Faß ohne Boden.

Schwierigkeiten für die Erfassung der Spekulation darf es nicht geben, selbst nicht gegenüber der Eingezogenheit der industriellen und hochfinanziellen Beweglichkeit. Man erinnert sich an die bittere Klage des Reichskanzlers Dr. Wirth, daß die Beschaffung der nötigen Devisen für die Goldzahlung durch das Großkapital sehr erschwert worden sei. Zwar hat er weiter diese Voraussetzungen auf das Treiben gewisser Spekulanten beschränkt wissen wollen, aber es bleibt die Tatsache bestehen, daß heute jedermann ohne Aufstand Devisen hamstern kann so viel er will, ohne daß sich die Banken ihrer Kunden immer so genau ansehen, wie es wünschenswert wäre. Solchen Mißbräuchen stehen noch immer die Leiter der Großbanken, an deren ernstem Willen man nicht zu zweifeln braucht, machtlos gegenüber. Schon aus dem riesigen Zustrom von Fremden wäre in diesem Sommer der fehlende Betrag von 68 Goldmillionen Mark, der dem Bestand der Reichsbank entführt wurde, zu decken gewesen, wenn die Fremdenindustrie Devisen abgeliefert hätte. Auch manche Arten von Banken sind nicht Freunde dieser Ablieferung, denn sie haben in allen Gegenden Wechselstuben errichtet, mit deren Hilfe sie feste Kunden anzulocken hoffen. Diese Banken haben also ein Interesse an der Privatspekulation in Devisen.

Pflicht des Staates ist es aber auch, den Ursachen dieser Spekulation nachzugehen. Täte er es, so würde er die Hauptursache darin finden, daß gerade der steuerkräftige Teil des deutschen Volkes mit tiefem Schmerz die Ordnungslosigkeit im deutschen Reichshaushalt tief empfindet. Wüßte er genau, wofür er seine Steuern entrichtet, und daß jeder von einer streng und sicher urteilenden Stelle in gleichem Maße zu derselben Pflicht angehalten wird, dann würde der Steuereingang (direkte Steuern) sehr viel höher sein. Der neue Wirthsche Entwurf aber gibt den Bedarf nicht einmal an, noch sagt er, wozu die Vermögensausgaben verwandt werden sollen. Das Reichsnotopfer von 1913 dagegen war erträglich, weil jeder wußte, daß es für die deutsche Wehr nötig war.

Wegen dieser Unsicherheit führt der Verdienende sein Geld nicht dem Staate zu, sondern sucht sich für eine ungewisse Zukunft durch immer größere Gewinnchancen zu sichern. Er treibt entweder Devisen- und Effektenspekulation, oder er sucht im Handelsgeschäft übernormalen Gewinn. Das Sporbankenunwesen fällt auch unter diese Erscheinung. Die auf diese Weise im Ueberschuß umfließenden Gelder sind der Krebsschade unserer gesamten Finanzwirtschaft. Die Abneigung gegen die lässige Finanzwirtschaft des Staates aber ist so groß, daß dem Staate die nötigen Auslandsdevisen nicht zugeführt werden.

Als weitere Programmpunkte führt die „Köln. Ztg." dann auf: 2. Die Herstellung eines geregelten Haushaltsplanes, 3. Der Haushalt für die Kriegsentschädigung, 4. Beweis des Unmöglichen,

5. Schärfere Erfassung des Einkommens und des Mehrverbrauchs.

Daneben müssen allerdings zwei Forderungen der Gehalts- und Lohnempfänger noch zu Recht bestehend anerkannt werden, die nach schärferer Einschätzung der freien Berufe und die noch schärfere Erfassung des Mehrverbrauchs. Der von vornherein gegebenen Benachteiligung der Lohnempfänger kann nur abgeholfen werden durch genauere und schärfere und schnellere Einschätzung der freien Berufe zu der Einkommensteuer mit Hilfe völlig neutraler und strenger Einschätzungssteuerkommissionen, wie sie unter dem alten Steuergesetz wirksam waren. Wenn aber infolge Ueberlastung der Steuerbehörden die Einschätzung auf 1920 heute noch kaum begonnen hat, so müssen daraus dem Fiskus Milliarden entgehen, die in der Zwischenzeit in lustigem Lebenswandel vergeudet werden. Das Reichsfinanzministerium erhofft aus der schärfern Einschätzung für 1921 allein einen Mehrertrag von acht Milliarden Mark. Diese sind bisher zumeist vergeudet worden und erklären teilweise die Spekulationsseuche. Endlich könnte dem verschwenderischen Verbrauch auch durch Einführung einer Mehrverbrauchssteuer begegnet werden, die von Quarck erst im Mai 1921 nochmals in längern Aufsätzen warm empfohlen worden ist. Für jedes Einkommen wird ein nach der Einkommenshöhe gestaffelter Darfverbrauch festgestellt, der nur mit etwa 6 v. H. besteuert wird, der Mehrverbrauch aber wesentlich höher. Auf diese Weise entsteht eine Prämie darauf, seine Ersparnisse lückenlos nachzuweisen, die in werbenden Anlagen angelegt, der Volkswirtschaft wieder Nutzen bringen.

6. Die Erfassung der Goldwerte.

Es handelt sich heute nur noch darum, diese Bezeichnung ihres schlagwortartigen Charakters zu entkleiden und die mit diesem Wort verbundene Absicht klar herauszuschälen. Es handelt sich um folgende vier Punkte:

1. Aneignung der noch im Lande vorhandenen Gold- und Juwelenvorräte. Das kann nur durch Ankauf vom Reich aus geschehen.
2. Ausgleich des Mehrgewinns aus dem landwirtschaftlichen Grund und Boden. Dieser Mehrgewinn ist bei allen Land- und Forstbetrieben vorhanden, die seit etwa 1917 ihren Besitzer nicht verändert haben, denn diese haben bei gleichen Einkünften ein niedrigeres Grundkapital zu verzinsen, als die Besitzer der später zu höhern Preisen erworbenen Güter. Daß der Mehrgewinn durch Besitz- oder Ertragssteuer erfaßt sei, ist haltlos. Er kann auch durch keine Vermögenssteuer restlos erfaßt werden.
3. Erfassung des Mehrgewinns aus den „Goldaktien". Hier ist der richtige Zeitpunkt schon verpaßt, denn das Aktienkapital ist in den meisten Fällen schon stark dem Werte der Papiermark genähert, und Uebergewinne sind zum guten Teil (ob zum Schutze gegen Ueberfremdung oder nicht) in Vorzugsaktien verschwunden.

   Hier könnte man dem Andenken Erzbergers gerecht werden, indem man seinen Vorschlag annimmt, den er in seinem letzten Aufsatz in Nr. 12 der Europ. Staats- und Wirtschaftszeitung gemacht hat: Sonderbesteuerung der Vorzugsaktien. Auch die an gleicher Stelle erneut beantragte Kotierungssteuer bleibt trotz erhöhter Körperschaftssteuer noch möglich, denn sie trifft die Spekulation in Aktien (Effekten).
4. Erfassung der Wertsteigerung in Mietshäusern. Dieser Wertsteigerung stehen keine Einkünfte gegenüber. Jede Besteuerung müßte hier Mietssteigerungen bringen. Jedenfalls soll man hier jede Besteuerung nur dazu verwenden, um neue Häuser zu bauen.

Auf diese Weise ist das Schlagwort von der Erfassung der Gold- und Sachwerte auf den richtigen Kern zurückgeführt.

Man liest heute bereits in linksstehenden Blättern, daß in erster Linie der Mehrzins erfaßt werden müsse. Diese Absicht wird offenbar nicht ohne bestimmten Grund in den Vordergrund geschoben. Man will der Einrede begegnen, die nicht so leicht widerlegt werden kann, daß die Belegung des „Goldwertes" mit Hypotheken sehr leicht zum Verschleiß dieser Werte führen und damit ihren Abgang ins Ausland nach sich ziehen könnte. Das würde auch dem sozialistischen Grundsatz widersprechen, denn man würde auf diese Weise ja nur dem feindlichen Kapitalismus Henkersdienste leisten. Diese Gefahren gibt es einzudämmen, wenn sie angesichts unserer Lage auch nicht ganz werden beseitigt werden können. Wenn Deutschland jetzt unter dem Zwange der Verhältnisse ausländisches Kapital in beschränktem Umfange hereinläßt, so interessiert es dieses zugleich am Wohlergehen der deutschen Wirtschaft, und eines Tages wird es sich davon auch wieder befreien können, wie geschäftliche Vorgänge zur Genüge lehren.

Eine wie vorstehend in knappen Umrissen gekennzeichnete Finanzreform würde auch die Möglichkeit schaffen, das jetzige Steuersystem von einigen Schlacken zu befreien, die auf unserm Wirtschaftsleben schwer lasten und nur preistreibend wirken, wie die gänzlich verfehlte jetzige Form der Umsatz- und Luxussteuer.

Der Besitz aber sollte sich vor allen Dingen davor hüten, nach außen hin den Anschein zu erwecken, daß er irgendein Interesse an der Nichterfüllung der Kriegsentschädigungsleistungen habe, und daß er die glänzenden Geschäfte aus den Valutaschwankungen noch möglichst lange beibehalten wolle.

Will man ganz unbeachtet lassen, welche Wirkung das auf unsere innern Zustände haben muß? So gelingt niemals der Wiederaufbau! Aber was gilt es? Es gilt die Wiederherstellung des Materials, die Verstärkung der Arbeitskraft (im jetzigen Rahmen) und die Wiedergewinnung der alten guten Gesinnung, die im Streben nach höchster persönlicher Tüchtigkeit ihre letzte und schönste Auswirkung fand.

So lautet das deutsche Programm des äußersten Willens, das dringende Gebot der Stunde und des Wiederaufbaues.

Westfalen und Rheinland.

Hamm, 10. Sept. (Verschiedenes.) Es wird darauf hingewiesen, daß der Anspruch der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen auf Versorgung nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 gemäß § 52 des Gesetzes innerhalb zweier Jahre nach dem Ausscheiden aus dem Militärdienst oder bei Hinterbliebenen nach dem Tode angemeldet werden muß. Ist die Dienstbeschädigung bezw. der Tod vor dem 1. April 1920 eingetreten, so läuft die Frist, da das Reichsversorgungsgesetz an diesem Tage in Kraft getreten ist, zwei Jahre weiter, also bis zum 1. April 1922. Nach diesem Zeitpunkte ist der Anspruch nur noch in Ausnahmefällen möglich. In den Fällen, wo die Versorgungsberechtigten über das Versorgungsgesetz sowie ihre Versorgung im Zweifel sind, tun sie gut, sich bei der Fürsorgestelle oder den Organisationen Auskunft zu holen.

(Der Wert der Mark.) Es waren zu zahlen:

für		am 8. Septbr.	am 2. Septbr.	am 1. August
Holland	100 Fl.	3060 Mk.	2786 „	2478 Mk.
Schweden	100 Kr.	2110 „	1900 „	1653 „
Schweiz	100 Fr.	1700 „	1505 „	1333 „
Frankreich	100 Fr.	760 „	691 „	620 „
England	1 Pfd. St.	262 „	327 „	289 „
Amerika	1 Dollar	97,20 „	87,40 „	81,00 „

(Vor dem Kriege war der Kurs in Holland 168 Mk., in Schweden 112 Mk., in der Schweiz und Frankreich 80 Mk. für je 100, in England 20,43 und in Amerika 4,20 für je 1 der betr. Landeswährung. — Den tiefsten Stand hatte die deutsche Mark am 27. Januar 1920 erreicht, an welchem Tage in Holland 4200, in Schweden 2000, in der Schweiz 1800 Mark für je 100 Gulden bezw. Kronen oder Franken, in England 850,35 für 1 Pfd. St. und in Amerika 103,65 für 1 Dollar bezahlt werden mußten. Am höchsten stand die Mark nach langem Tiefstand am 26. Mai 1920 in Holland 1200, Schweden 720, und Schweiz 625.)

(Wann schickt die Post nach?) Für die Nachsendung von Postsachen bestehen nicht dieselben Vorschriften für die verschiedenen Arten. Die Post ist verpflichtet, gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen sowie Postanweisungen und Zahlungsanweisungen der Postscheckämter nachzusenden, wenn sie den neuen Aufenthalts- oder Wohnort des Empfängers kennt und wenn weder Absender noch Empfänger etwas anderes bestimmt haben. Diese Regeln gelten auch für Postanweisungen und Zahlungsanweisungen, wenn sie auf dem Postwege nachgeschickt werden sollen. Postaufträge werden ohne weiteres nachgesandt, falls nicht der Absender die sofortige Rücksendung oder die Weitergabe zum Protest oder die Absendung an eine andere Person verlangt hat. Postprotestaufträge werden nur nach einem Nachbarort im Sinne der Wechselordnung nachgeschickt, oder wenn bei Nichteinlösung die Protest-Erhebung an den Nachbarort ohne Verzögerung möglich ist. Ein Uebelstand ist es, daß Briefe mit Zustellungsurkunde auch trotz des Nachsendungsantrages im allgemeinen nicht nachgeschickt werden. Wertbriefe und Pakete jeder Art werden grundsätzlich nur auf Verlangen des Absenders oder Empfängers nachgeschickt, ebenso Postanweisungen auf telegraphischem Wege.

(Städt. Volkshochschule.) Dem Volksbildungsausschuß ist es gelungen, den Physiker und Chemiker Herrn Dr. Stadthagen aus Berlin-Charlottenburg für einen Vortrag über „Weltenraumkälte und Sonnentemperatur" zu gewinnen. Dieser Experimentalvortrag wird am Montag, den 19. d. Mts., abends 8 Uhr, im Nagelschen Saale am Westentor stattfinden. Näheres hierüber wird in den nächsten Tagen an dieser Stelle sowie durch Plakate bekanntgegeben. Ebenso wird auch das Programm der Volkshochschule für das nächste Tertial demnächst veröffentlicht werden.

Zur Frage der **Gewerbesteuer-Einschätzung** schreibt uns der Vorstand der hiesigen Handwerker-Innungen: „Als die unbeliebteste, — weil ungerechteste aller Steuern — ist seit jeher die Gewerbesteuer bekannt. Man denke, kein Arzt, kein Jurist und hätten sie die höchsten Einkommen, ebenso wenig wie die Rentner oder bestbezahltesten Beamten, können dazu herangezogen werden. Solange diese Steuer sich in mäßigen Grenzen bewegte und die kleineren Handwerks- und Gewerbebetriebe geschont wurden, konnte man's hingehen lassen. In diesem Jahre aber soll die Gewerbesteuer in der Hauptsache dazu dienen, die gewaltigen Fehlbeträge zu decken, die, zum Teil wenigstens, einer gar zu großen Bewilligungsfreudigkeit unserer Stadtväter ihre Entstehung verdanken. Kann man sich da wundern, wenn in den beteiligten Kreisen eine fast an Erregung grenzende Stimmung ausgelöst wird, angesichts solcher Vorkommnisse, wie sie der Sprechsaalartikel der „K. Ztg." vom 7. cr. schildert? Es bestand deshalb die Absicht unverzüglich eine Handwerkerversammlung einzuberufen, in der das Thema „Gewerbesteuern" eingehend behandelt werden sollte. Inzwischen ist aber ganz unabhängig hiervon durch die K. Ztg. bereits eine Versammlung angekündigt worden, die heute, Samstag, abend 8 Uhr, im Niederschen Lokale stattfinden soll. Wir begrüßen es, daß sich endlich auch andere Gewerbetreibende rühren und möchten zugunsten der Niederschen Versammlung zurücktreten, um durch ein gemeinsames Vorgehen einen um so wirkungsvolleren Eindruck zu erzielen. An unsere Handwerksmeister aber ergeht hierdurch die dringende Bitte, vollzählig bei Rieder zu erscheinen."

(Unterhaltungsabend.) Im heutigen Anzeigenteil ist eine Einladung zu dem am Freitag, den 16. ds. Mts., abends ½8 Uhr im Schützenhof (Reinhard) stattfindenden, vom hiesigen Ortsausschuß für Jugendpflege veranstalteten Unterhaltungsabend veröffentlicht. Die Veranstaltung soll den Volkstanzlehrgang, der auf Veranlassung des Kreiswohlfahrtsamtes in der Zeit vom 15. bis 16. ds. Mts. in Kamen stattfindet, würdig beschließen. Wie das bunte Programm verrät, stehen den Besuchern einige genußreiche Stunden bevor. Werden doch muntere Posaunenklänge mit Gesangsvorträgen, turnerischen Vorführungen, Spielen, sowie andere Unterhaltungen abwechseln. Auch die eingeübten Volkstänze werden vorgeführt. Dieser Teil des Programms wird für viele Besucher etwas neues sein und dem Volkstanz noch mehr Freunde zuführen. Ebenso wird das „Leben und Treiben auf froher Wanderfahrt" dem Besuchern zeigen, wie unsere Jugend in den Wandervereinen die freien Sonntage zubringt, wenn sie am frühen Morgen unsere Stadt mit Sang und Klang und wohlgefülltem Rucksack verlassen, um sich unter sachkundiger Führung in der herrlichen Natur zu ergehen. Eine gesündere und schönere Erholung wie dieses Wandern gibt es für unsere Jugend wohl nicht. Wir wünschen dem Ortsausschuß ein volles Haus und guten Erfolg, zumal der Reinertrag zum Ausbau der hiesigen Jugendpflege bestimmt ist. Als Mitspieler haben sich die Vereine Kamens in liebenswürdiger Weise, bil obereit wie immer, zur Verfügung gestellt. Programme, die gleichzeitig als Einlaßkarten gelten, sind bei Holtmann, Steinmann, Gorris, in der Kamener Zeitung und im Büro des Stadtwohlfahrtsamts — Rathaus, Zimmer 1 — sowie vor Beginn der Veranstaltung im Festsaal zu haben.

Dortmund, 9. Sept. (Schwurgericht.) Die letzte Verhandlung in der gegenwärtigen Tagung des Schwurgerichts Dortmund richtete sich gegen den 1895 in Ostrinnen geborenen Bergmann Clemens Budde und den 24jährigen Sattler Heinrich Meisler aus Recklinghausen wegen eines gemeinschaftlich ausgeführten schweren Raubes in Hamm. Am 7. April d. J. abends schellten die beiden Angeklagten an der Wohnung des Pastors Georg Venker in Hamm. Als das Dienstmädchen öffnete, betraten Budde und Meisler mit Revolver bewaffnet den Flur und erkundigten sich, ob der Pastor zu Hause sei, und auf die bejahende Antwort, wer noch im Hause anwesend sei. Pastor Venker wurde auf die Unruhe im Hausflur aufmerksam und öffnete die Zimmertür, um zu sehen, was los sei. Sofort trat Meisler, dem Pastor den Revolver entgegenhaltend, mit dem Rufe in das Zimmer: „Hände hoch: Gesicht an die Wand!" Budde folgte, ebenfalls mit dem Revolver im Anschlage. Das Dienstmädchen mußte ebenfalls die Hände hoch heben und sich mit dem Gesicht nach der Wand zu stellen. Nun ging der eine an den Geldschrank, wo sich nur der kleine Betrag von 50 bis 100 Mark vorfand. Zu einer weiteren Durchsuchung kam es aber nicht, da die Räuber durch einen zufällig ins Haus kommenden Nachbar gestört wurden. Budde und Meisler sprangen zum Fenster hinaus und retteten sich durch die Flucht vor ihrer Festnahme. Später wurden sie in Paderborn wegen eines Diebstahls verhaftet und gestanden, auch den Raub in Hamm und noch verschiedene andere räuberische Ueberfälle in Eslohe, Scherlebeck usw. ausgeführt zu haben. Es kommen danach mindestens sieben Räubereien auf ihr Konto. Die Geschworenen sprachen die Angeklagten des schweren Raubes schuldig und versagten ihnen die mildernden Umstände. Das Gericht setzte gegen beide Angeklagte eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren fest, weiter beschloß es, ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren abzuerkennen.

(O) **Langendreer, 9. Sept. (Mit Salzsäure vergiftet.)** Die 21jährige Else Krawzusch von hier wurde in Recklinghausen bewußtlos auf einer Haustreppe gefunden. Man brachte sie ins Krankenhaus, wo sie einige Stunden später gestorben ist. Wie sich herausstellte, hatte das Mädchen Salzsäure getrunken.

Hagen, 9. Sept. (Die Kaiserbilder im Rathause.) Die beiden sozialistischen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung haben den Antrag eingebracht, die Kaiserbilder aus dem Stadtverordnetensitzungssaal u. sämtlichen städtischen Diensträumen zu entfernen. „Die Begründung", so heißt es in dem Antrage, „ergibt sich aus der gegenwärtigen politischen Lage". Vor etwa 2 Jahren wurde ein gleicher Antrag mit den Stimmen der beiden Rechtsparteien, des Zentrums und der Mehrheit der Demokraten zu Fall gebracht. Von den vorhandenen 60 Sitzen der Stadtverordnetenversammlung verfügen die beiden sozialistischen Parteien über 18, die Kommunisten über 3. Zwei Drittel der Mandate gehören den Vertretern der bürgerlichen Parteien.

** **Madfeld, 9. Sept. (In der Jauchegrube ertrunken.)** Hier fiel beim Spiel das dreijährige Söhnchen der Familie B. Scharfenbaum in eine Jauchegrube, aus der es nur als Leiche herausgeholt werden konnte.

** **Lippstadt, 9. Sept. (Todessturz beim Traubenpflücken.)** Der Klempnermeister Fritz Adams hier stürzte beim Traubenpflücken so unglücklich von der Leiter, daß er nach einigen Stunden an den erhaltenen schweren Verletzungen starb.

Lippstadt, 9. Sept. (Meisende Obstdiebe.) Auf der Kreisstraße Benninghausen—Stirpe wurden mehrere Obstdiebe auf frischer Tat ertappt, wie sie die Aepfelbäume ihrer Früchte beraubten und dabei noch die Bäume durch Abreißen der Zweige sehr beschädigten. Das Diebesgut, ganze Säcke und Körbe voll Aepfel, wurde seitens der Wegewärter beschlagnahmt und die Diebe zur Anzeige gebracht, sodaß dieselben der gerichtlichen Strafe nicht entgehen werden. Es handelte sich ausschließlich um auswärtige Personen, welche eigens zu diesem Zwecke weite Fahrten gemacht hatten.

(O) **Minden, 9. Sept. (Selbstmord eines Soldaten.)** Mittwoch abend wurde ein hiesiger Pionier zum Lazarett getragen, der auf sich selbst einen Schuß abgegeben hatte. Der Schuß war in den Kopf gedrungen und führte nachts den Tod herbei.

Münster, 8. Sept. (Gymnasiasten als Kirchenräuber.) Der Polizei ist es gelungen, drei junge Burschen festzunehmen, die im November 1919 einen Einbruch in die Moritzkirche verübten und das Tabernakel erbrochen haben. Sie haben noch mehrere andere Einbrüche und Einbruchsversuche in Kirchen und Geschäftshäuser eingestanden. Ebenso konnte ihnen ein Raubmordversuch nachgewiesen werden, den sie am 17. Dezember 1920 gemeinschaftlich gegen eine Antiquitätenhändlerin in Berlin unternahmen. Zwei der Einbrecher stammen aus Münster, und besuchten zur Zeit des Einbruchs in die Moritzkirche noch das Gymnasium.

(?) **Münster, 9. Sept. Ein peinliches Erlebnis** hatte ein Kleiderdieb auf der Johanniterstraße. Ein Mann hatte Kleidungsstücke gestohlen, er wurde eingeholt, und einer der Verfolger erkannte seine Hose, die der Dieb gleich angezogen hatte. Dieser wurde nun zunächst gründlich verprügelt und dann gezwungen, auf offener Straße die gestohlene Hose wieder — auszuziehen. Der Dieb verkroch sich schamvoll in eine Ecke, bis ihm von einem mitleidigen Eisenbahnarbeiter eine Hose gegeben wurde, was natürlich Befreiung aus peinlichster Verlegenheit bedeutete. Das gerichtliche Nachspiel wird für den Dieb allerdings weniger komisch sein.

(?) **Münster, 9. Sept. Von einem Stier** getötet wurde der in den Rieselfeldern wohnende Gutspächter und Wirt des „Heidekruges", Mertens. Das Tier traf den Bedauernswerten mit einem Horn so unglücklich in den Hinterkopf, daß der Tod nach kaum einer Viertelstunde eintrat. Der Verunglückte stand im blühenden Mannesalter und erfreute sich großer Beliebtheit.

*

Umgestaltung des staatlichen Bergbauwesens.

(bu) **Recklinghausen, 9. Sept.** Von gut unterrichteter Seite wird gemeldet: Die langjährigen Bemühungen der Bergarbeiterorganisationen und der Parlamentarier, die diesen Verbänden nahestehen, ist es endlich gelungen, die leitenden Reichsstellen von der Notwendigkeit einer Verwaltungsreform für den Staatsbergbau zu überzeugen. Es liegt auf der Hand, daß die Broschüre des Steigers Halbfell über die Verhältnisse auf der Berginspektion 5, die parlamentarischen Verhandlungen und die Tätigkeit der parlamentarischen Untersuchungskommission sowie die übrigen Beratungen, die auf jener Veröffentlichung Halbfells fußen, in der Hauptsache ausschlaggebend gewesen sind. Wie erinnerlich, schloß der Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission des Preußen-Parlaments, der nach Beendigung der Untersuchung auf den fiskalischen Schachtanlagen des Vestes herausgegeben worden ist, mit der Mitteilung, daß die aus Vertretern aller Parteien zusammengesetzte Kommission einmütig zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß sich eine gründliche Umgestaltung der fiskalischen Bergbauverwaltung nicht umgehen lasse. Vor allen Dingen soll der lange Instanzenweg beseitigt werden, die Betriebsräte sollen mehr gehört und überhaupt die Erfahrung des praktischen Bergmanns bei der Verwaltung mehr berücksichtigt werden. Durch diese und ähnliche Maßnahmen erhofft man nicht nur ein günstigeres Betriebsergebnis der staatlichen Bergwerke, sondern auch die Beseitigung mancher Klagen, die immer wieder aus dem Munde der Arbeitgeber laut werden. Zur Erörterung all dieser Fragen treffen in den nächsten Tagen Vertreter des preußischen Handelsministeriums in Recklinghausen ein, um im Gebäude der Bergwerksdirektion Verhandlungen mit den Leitern der staatlichen Bergwerke und dem Gesamtbetriebsrat der fiskalischen Schachtanlagen des Vestes zu pflegen.

*

(O) **Wanne, 9. Sept. Die im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein organisierten Bergarbeiter** des Ruhrbezirks nahmen in einer hier stattgehabten Konferenz zur Lohnfrage Stellung. Nach eingehender Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die vom Zechenverband für den Ruhrbezirk zugestandene Lohnerhöhung von 10 Mark im Durchschnitt je Mann und Schicht dem Bedürfnis der Bergarbeiter in keiner Weise gerecht wird. Die Konferenz erklärte sich zwar für die Annahme des Angebotes, beauftragte aber die Organisationsleitung, in der Arbeitsgemeinschaft der vier Bergarbeiterverbände eine weitere Lohnforderung zu beantragen. In der Frage der Verteilung des zugestandenen Satzes von 11 Mark je Schicht für die Gedingearbeiter sprach sich die Konferenz dahin aus, daß dieser am zweckmäßigsten ganz auf den Grundlohn gegeben werden müsse. Sie ist aber auch mit dem Vorschlag einverstanden, daß 6 Mark auf den Grundlohn und 5 Mark auf das Gedinge gelegt werden. Der letztgenannte Betrag müsse zu den jetzigen Gedingen zugeschlagen werden.

„" **Geisenkirchen, 9. Sept. (Entfernung der Hohenzollernbilder.)** Ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag, aus allen Räumlichkeiten der städtischen Verwaltung sämtliche Hohenzollernbilder, Büsten usw. zu entfernen, wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und eines Teils des Zentrums angenommen mit dem Zusatz „auch aus den Schulen". Diese Forderung hatte ein Zentrumsmitglied gestellt mit der Begründung, daß die Bilder der Hohenzollernkönige auf manche Kreise sympathisierend wirkten. Für den Erweiterungsbau der Stadthalle und für die Ausstattung des Theatersaales sind bis jetzt 356 000 Mark bewilligt.

Essen, 9. Sept. (Verurteilter Kirchenräuber.) In der Nacht zum Weihnachtsfeste des Jahres 1919 wurde die katholische Pfarrkirche St. Peter im nördlichen Stadtteil von Einbrechern heimgesucht, die die Kirche fast völlig ausraubten. Die Räuber erbeuteten eine Anzahl Meßgewänder, Talare, Kelche, eine große Menge Alben, Rochetts, Kirchenwäsche und Kirchengeräte, die einen Friedenswert von 40 000 Mark darstellten. Durch Sammlungen konnte Ersatz herbeigeschafft werden. Im Verlauf der polizeilichen Ermittlungen wurden als die Täter der in der Nähe der bestohlenen Kirche wohnende Gelegenheitsarbeiter Roeder, ein mehrfach vorbestrafter Mensch, und der Gelegenheitsarbeiter Franz Dittmar festgestellt. Ersterer ist bereits in dieser Sache verurteilt, während Dittmar zunächst geflüchtet war und sich in anderen Städten unter falschem Namen aufgehalten hatte. Kürzlich ist er ergriffen worden. Er hatte sich jetzt vor der Essener Ferienstrafkammer zu verantworten, die ihn zu 2 Jahren Gefängnis verurteilte.

(O) **Essen, 9. Sept. (Westdeutsche Sänger in Berlin.)** Der Männergesangverein Konkordia-Essen (Dirigent Musikdirektor Rudolf Hoffmann-Bochum) ist durch den Berliner Lehrergesangverein für ein Konzert in Berlin für den Sommer nächsten Jahres verpflichtet worden.

Essen, 8. Sept. (63 000 Mark Geldstrafe.) Vor der Ferienkammer hatte sich der Kaufmann Heitmann aus Bottrop wegen unerlaubter Einfuhr von Zinn zu verantworten. Der Angeklagte hatte Banka-zinn in großen Mengen im Auftrage des Röhrengroßhändlers Lesker in Bottrop an der holländischen Grenze von Schmugglern angekauft, die das Metall aus Holland über die Grenze gebracht hatten. Der Angeklagte bezw. sein Auftraggeber belieferten mit dem eingeführten Banka-zinn große Firmen in deutschen Städten, industrielle Werke und vor allen Dingen eine Reihe von Straßenbahnen. Die Strafkammer verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 63 000 Mark.

(O) **Oberhausen, 9. Sept. (Die Schließung der Polenbank.)** Zu der dieser Tage gemeldeten Schließung der polnischen Bank „Przemyslowkow" wird weiter berichtet, daß die Versiegelung auf Veranlassung des Handelsministers erfolgt ist, weil der dringende Verdacht besteht, daß die Bank sich in letzter Zeit Verstöße gegen das Kapitalfluchtgesetz habe zuschulden kommen lassen. Eine größere Geldsumme in Gold- und Silbermünzen wurde beschlagnahmt. Man vermutet, daß dieses Geld ins Ausland verschoben werden sollte. Hauptaktionär der Bank ist der bekannte großpolnische Wühler Korfanty.

Duisburg, 9. Sept. (Zechenhandwerker- und Tagesarbeiterkonferenz im Ruhrbergbau.) Die christlichen Berufsverbände (Metallarbeiter, Bauarbeiter, Holzarbeiter usw.) berufen für Montag, den 11. November, eine große Zechenhandwerker- und Tagesarbeiterkonferenz für den Ruhrbergbau ein. Laut Tagesordnung wird zur schwebenden Lohnfrage Stellung genommen und ein Referat über „Berufs- oder Industrieverband" gehalten. Daneben ist eine gründliche Aussprache vorgesehen. Diese Konferenz, zu der Delegierte von allen Schachtanlagen erscheinen werden, wird Zeugnis ablegen von der im Sinne der Berufsorganisation fortschreitenden Zechenhandwerker- und Tagesarbeiterbewegung.

(TU) **Mainz, 9. Sept. (Scheckfälschungen bei der Reichsbankstelle.)** Bei der hiesigen Stelle der Reichsbank wurden größere Scheckfälschungen aufgedeckt, die schon aus dem März 1920 stammen. Geschädigt ist die französische Nationalkreditbank um 1 Million Mark. Die Schuldigen sind Angestellte der Nationalbank, welche die Unterschrift eines Direktors fälschten. Bisher ist eine Verhaftung vorgenommen worden.

** **Dieringhausen, 9. Sept. Bei einer Haussuchung im Schloß Homburg wurde ein ganzes Waffenlager gefunden: 8 Maschinengewehre, 146 Gewehre und 130 000 Schuß Munition. Die Waffen waren tief im Keller versteckt. Wer sie dahin gebracht und welchem Zweck sie dienen sollten, bedarf noch der Aufklärung.

Eine Unterredung mit dem Reichskanzler.

(W) Reichskanzler Wirth erklärte in einer Unterredung mit dem Berliner Korrespondenten der Daily Mail, er befürchte für den Augenblick nicht einen monarchistischen Staatsstreich. Man müsse jedoch immer auf der Hut sein. Das deutsche Volk passe sich im allgemeinen den demokratischen Grundsätzen an. Es muß sich künftig selbst regieren und sich dem Problem der Verantwortlichkeit nicht widersetzen. Die monarchistische Agitation in Deutschland könne in der Opposition eine nützliche Rolle spielen, indem sie die anderen Parteien des republikanischen Volkes vereinige. Frankreich hatte eine monarchistische Partei noch lange nach der Gründung der Republik. Nicht alle Bayern seien Monarchisten, nicht alle Monarchisten seien Bayern. Wirth sagte, er sei entschlossen, mit Bayern keinen Streit zu haben. Bayern sei ein Land, das immer ein starkes lokales Unabhängigkeitsgefühl hatte. Bayern gehe jedoch seiner Ansicht nach schließlich nach (salt into line), wie es dies auch in der Entwaffnungs- und Einwohnerwehrfrage getan habe. Der Reichskanzler erklärte außerdem, wenn die Mark noch weiter fällt, so könne schließlich die Zeit kommen, wo die Welt erkennen werde, daß die Grenze der Zahlungsmöglichkeit für Deutschland gekommen sei. Deutschland werde jedoch fortfahren, zu zahlen, bis zu den Grenzen der Möglichkeit, selbst wenn es darunter zu leiden habe. Die Regierung werde keine weiteren Proteste in Form von Noten und Memoranden machen, die doch niemand lese, sondern fortfahren bis schließlich, wenn dies sein müsse, die Tatsache für sich selbst spreche. Fast alles hänge von der Lösung der oberschlesischen Frage ab. Diese Frage und die Frage der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen im Rheinlande müßten für Deutschland von höchster Bedeutung sein. Deutschland könne unmöglich den Zweck der Vorschläge begreifen, die wirtschaftlichen Sanktionen zu beseitigen, während die militärischen Sanktionen bestehen bleiben.

Reform des Wandergewerbescheins.

Das stehende Gewerbe hat bekanntlich begründeten Anlaß, sich über die oft wenig lautere Konkurrenz zu beklagen, die ihm von dem Hausierhandel und den Wanderlagern gemacht wird. Die dabei zutage getretenen Mißstände sind bekannt und in der Presse vielfach erörtert worden. Ihre Abstellung ist besonders durch eine Reform des Wandergewerbescheines anzustreben. Da kommt zunächst in Betracht, daß vor Erteilung eines Wandergewerbescheines die Bedürfnisfrage schärfer als bisher geprüft wird; hierbei sollten die Handels- und Handwerkskammern als die gesetzlich zuständigen Gewerbevertretungen mindestens gutachtlich gehört werden müssen. Weiter wäre zu fordern, daß der Wandergewerbeschein nicht mehr für das ganze Reich Geltung hat, sondern nur für den Bezirk der ihn ausstellenden Behörde. Nur auf diese Weise wird es auch möglich gemacht, daß die

Bedürfnisfrage restlos klar überblickt werden kann. Zweifellos würde diese räumliche Beschränkung in vielen Fällen eine Erschwerung des Wandergewerbes bedeuten, die ungerecht wirkt; Ausnahmen, d. h. Ausdehnung des Scheines auf andere Bezirke müssen daher möglich sein, aber auch hierbei wären wieder die genannten Gewerbevertretungen vorher zu hören. Ebenso bei der Prüfung der gewerblichen Eignung des Wandergewerbetreibenden. Selbstverständlich verlangt der heutige Tiefstand der geschäftlichen Sitten weiter Kreise mehr als je eine peinliche Prüfung der persönlichen Eignung durch die ausstellende Behörde gemäß § 57, Ziffer 1—4 der Gewerbeordnung. Vor allem wäre auch die auf Grund des § 56 d der Gewerbeordnung erlassene Bundesratsverordnung vom 26. November 1896 aufzuheben und Ausländern der Gewerbebetrieb im Umherziehen gänzlich zu untersagen. Ebenso sollten Personen unter 25 Jahren gänzlich ausgeschlossen werden. Kriegsbeschädigten wird man eine gewisse Sonderstellung zubilligen müssen, indem vor der Ausstellung von Wandergewerbescheinen an sie die zuständige Hauptfürsorgestelle gutachtlich gehört wird. § 62 der Gewerbeordnung macht die Mitführung anderer Personen von einer besonderen Erlaubnis der ausstellenden Behörde abhängig, und diese Erlaubnis muß unter näherer Bezeichnung der Personen im Wandergewerbeschein vermerkt werden. Es wäre richtiger, für die Begleitpersonen die Ausstellung eines besonderen Nebenscheines vorzuschreiben, der nur in Verbindung mit dem Hauptschein gültig ist. Auch für diese Nebenscheine müßten ähnliche Voraussetzungen gelten, wie für die Erteilung des Wandergewerbescheines selbst. Mit Hilfe solcher verschärfter Bestimmungen, die im Wege der Gesetzgebung zu treffen wären, und durch ihre genaue Anwendung seitens der Behörden könnte es wohl gelingen, den Hausierhandel und die Wanderlage auf ein volkswirtschaftlich vernünftiges Maß zu beschränken und zweifelhafte Elemente von ihnen fernzuhalten.

Eine Aenderung der Pensionsregelung.

Vom 1. September ab ist die bisher den Pensionsregelungsbehörden obliegende Anweisung usw. der zahlbaren Militärpensionen und Versorgungsgebührnisse von den Versorgungsbehörden übernommen. Die Anweisung erfolgt dann bei den nach dem Reichsversorgungsgesetze vom 12. Mai 1920 und nach dem Altrentnergesetz vom 18. Juli 1921 bewilligten Bezügen durch die Versorgungsämter und bei den nach den übrigen Militärversorgungsgesetzen bewilligten Gebührnissen durch die Hauptversorgungsämter. In der Abhebung der Gebührnisse bei den zahlenden Kassen tritt hierdurch keine Aenderung ein. Personen, die am 1. September bereits Versorgungsgebührnisse auf Anweisung einer Pensionsregelungsbehörde beziehen, werden je nach ihrer Abfindungsart in den Geschäftsbereich der künftig für sie in Anweisungsangelegenheiten zuständigen Versorgungsbehörde allmählich übergeführt werden. Sobald sie von dieser übernommen sind, wird ihnen Nachricht hierüber zugehen. Bis dahin würden sie sich im Bedarfsfalle noch an die bisher für sie zuständigen Pensionsregelungsbehörden zu wenden haben, deren Anschrift sich jedoch ändert, weil sie von dem angegebenen Tage ab unter Beibehaltung ihres gegenwärtigen Dienstsitzes den Hauptversorgungsämtern als Abteilungen angegliedert werden. Die neue Anschrift der Arnsberger Stelle lautet dann: „Hauptversorgungsamt Münster, Regelungsabteilung in Arnsberg" (statt bisher Pensionsregelungsbehörde 21 in Arnsberg). Ueber die neuen Anschriften für andere Pensionsregelungsbehörden gibt jede Versorgungsbehörde, amtliche Hauptfürsorgestelle oder Fürsorgestelle auf Befragen Auskunft.

Gibt es einen Saarstaat?

Die Bemühungen der Regierungskommission gehen dahin, aus dem Saargebiet einen eigenen Staat zu schaffen. In ihren verschiedenen Verordnungen, Gesetzesänderungen usw. hat sie den Ausdruck Saarstaat, wenn auch nicht direkt gebraucht, so doch in eine Form gekleidet, daß er nur als solcher verstanden werden kann. Das widerspricht den Bestimmungen des Saarbeckenabkommens. Danach ist das Saargebiet wie bisher unantastbares deutsches Reichsgebiet, das nur für die Zeit von 15 Jahren durch eine Völkerbundskommission zu treuen Händen verwalter werden soll.

Die deutsche Reichsregierung hat sich verschiedentlich veranlaßt gesehen, gegen die bestimmungswidrigen Bestrebungen der Regierungskommission Einspruch zu erheben, so hinsichtlich der Anmeldung des Saargebiets zur Weltpost-Konferenz. Die Regierungskommission hat sich jedoch in ihren Bemühungen, dem Saargebiet zum Schaden Deutschlands eine andere Gestalt zu geben, nicht abhalten lassen. Das kommt besonders in der sogenannten Justizreform zum Ausdruck, wo einmal von der „Verfassung" des Landes die Rede ist, und wo außerdem ein „Hochverräter"-Paragraph enthalten ist. Bedauerlicherweise werden die Bestrebungen der Regierungskommission für das Saargebiet vielfach in der deutschen Presse — unbewußt selbstverständlich — unterstützt, indem wiederholt von einem „Saarstaat" gesprochen wird. In diesen Tagen ging erst wieder ein Artikel, überschrieben: „Die französische Wirtschaft", durch die deutsche Presse, in dem von der „Konstituierung des Saarstaates" gesprochen wird. Es muß Pflicht der deutschen Presse sein, den Bestrebungen der Regierungskommission entgegenzuarbeiten, indem sie zunächst selbst derartig falsche Bezeichnungen unterläßt, und im übrigen gegen das Vertragswidrige der Regierungskommission Stellung nimmt, wo der Versuch gemacht wird, aus dem deutschen Reichsgebiet an der Saar einen „Saarstaat" zu machen. Einen solchen Staat gibt es nicht und wird es nach dem Willen der Saarbevölkerung niemals geben.

Die „Bearbeitung" der oberschlesischen Frage.

Petit Parisien meldet aus Genf: Die vier Mitglieder der Kommission für das Studium der oberschlesischen Frage versammelten sich am Mittwoch nachmittag neuerdings. Jeder einzelne der Berichterstatter arbeitete an seinem persönlichen Bericht. Diese vier Vorberichte werden sodann zu einem einzigen verschmolzen, der dem Rat des Völkerbundes in einer Vollsitzung vorgelegt werden soll. Aber dieses Dokument wird keine Lösung vorschlagen, sondern nur ein neues Gesamtstudium des Problems darstellen. Die oberschlesische Angelegenheit bildete den Gegenstand zahlreicher Besprechungen zwischen Balfour und Bourgeois. Man erklärt in gut informierten Kreisen, daß der italienische Delegierte Scialoja den Standpunkt verteidige, den der italienische Ministerpräsident Bonomi in Paris eingenommen habe und der sich der englischen Anschauung nähere. Der Mitarbeiter des Petit Parisien sprach mit Da Cunha. Dieser sagte, daß die Kommission noch immer die Aktensammlung studiere. Man habe noch nicht einmal Sachverständige gehört. Die Aufgabe der Kommission sei umso schwieriger, weil die Kommission sich von niemand beeinflussen lassen wolle.

Das zweite Bataillon des zweiten italienischen Grenadierregiments ging nach Oberschlesien ab.

Neue Ausschreitungen in Braunschweig.

Zu Ausschreitungen kam es, wie die Braunschweigische Landeszeitung berichtet, am Donnerstag abend an verschiedenen Stellen der Stadt aus Anlaß einer vom Stahlhelm einberufenen Monatsversammlung. Kommunistische Elemente unter Führung von kommunistischen Landtagsabgeordneten stürmten das Standquartier des Stahlhelms und durchsuchten die Räume. Dann zogen sie zum Versammlungslokal. Dort wurden alle aus der Stadt kommenden Straßenbahnwagen nach Stahlhelmleuten durchsucht. Verschiedene Personen wurden schwer mißhandelt. Ein ehemaliger Leutnant sollte in die Oker geworfen werden. Es wurde auch geschossen. Als die Unruhen einen größeren Umfang annahmen, rückte eine Abteilung Polizei an, die mit Johlen und Beschimpfungen empfangen wurde. Es gelang ihr, die Menge auseinanderzutreiben, die dann in die verschiedenen Straßen der Stadt zurückkehrte und dort Unfug verübte.

14 Wirtschaftsprovinzen des Reiches?

Der mit der Ausarbeitung der wirtschaftlichen Gliederung des Reiches vom Reichswirtschaftsrat beauftragte Abgeordnete Cohen hat — wie Blätter der Deutschen Volkspartei melden — eine Karte für 14 Wirtschaftsprovinzen herstellen lassen, „das deutsche Reich, Karte der kleinen Verwaltungsbezirke" genannt. Hiernach ist die 5. Provinz das rechtsrheinische Bayern mit 6,2 Millionen Einwohnern, die 6. Provinz die Pfalz, Baden, Württemberg und Hohenzollern-Sigmaringen mit 5,7 Millionen Einwohnern. Für das rechtsrheinische Bayern ist eine weitere Teilung in Nord- und Südbayern vorgesehen. Die rechtsstehenden Blätter sehen darin den Versuch, Franken von Bayern abzutrennen. In der Pfalz soll eine Werbearbeit mit ähnlichen Zielen bereits öffentlich betrieben werden. Die 14 Wirtschaftsprovinzen, in die das deutsche Reich eingeteilt werden soll, sind: 1. Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck; 2. Hannover, Oldenburg, Bremen und Braunschweig; 3. Rheinland, Westfalen, Birkenfeld, Schaumburg-Lippe, Lippe und Pyrmont; 4. Hessen-Darmstadt, Hessen-Nassau und Waldeck; 5. und 6. die oben genannten Gebiete; 7. Thüringen und Schmalkalden; 8. Provinz Sachsen und Anhalt; 9. Freistaat Sachsen; 10. Schlesien; 11. Brandenburg mit Berlin; 12. Pommern und Mecklenburg; 13. Westpreußen und Grenzmark Posen; 14. Ostpreußen.

Aus aller Welt.

— **Große Getreideschiebungen** sind auf dem Bahnhof Wolfsanger dadurch vereitelt worden, daß 300 Zentner Weizen, die falsch verladen und nach Holland verschoben werden sollten, beschlagnahmt wurden. Die Landwirte, die an der Verschiebung beteiligt sind, konnten bereits ermittelt werden.

*

Leere Kassen bei den Sportbanken.

In Dresden sind abermals zwei große Konzernunternehmungen in Schwierigkeiten geraten. Der erste Fall betrifft die „Dresdner Sportbank", bei der gestern früh mehrere Millionen ausgezahlt werden sollten. Es war aber kein Geld mehr vorhanden. Der Besitzer dieses Konzerns ist flüchtig und konnte bis zur Mittagsstunde nicht ermittelt werden. Der zweite Fall betrifft die Kapital-Verwertungsgesellschaft, bei der über 50 Millionen eingezahlt worden sein sollen. Gestern früh sollten 15 Millionen ausgezahlt werden. Der Leiter des Unternehmens mußte jedoch mitteilen, daß er über kein Geld verfüge. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurden die Geschäftsräume geschlossen. Bei der Begründung dieser Konzerne wurde mitgeteilt, daß die 100%ige Verzinsung nicht durch Beteiligung an Rennen, sondern durch reelle kaufmännische Unternehmungen erzielt werden sollte.

*

— **Anapolis in Flammen.** Ein Brand zerstörte am Mittwoch abend etwa ein Drittel der Stadt Anapolis (Neu-Schottland). Eine große Anzahl der Bewohner ist obdachlos. Man glaubt, daß das Feuer durch achtloses Wegwerfen von brennenden Zigaretten entstanden ist.

— **Flucht eines Defraudanten im Flugzeug.** Etwas mysteriöse geschäftliche Transaktionen, bei denen der Sohn des früheren Königs von Sachsen, Prinz Ernst Heinrich von Sachsen, eine Rolle spielt, beschäftigen augenblicklich die Staatsanwaltschaft und den Untersuchungsrichter bei dem Landgericht III, Berlin. Ein Kaufmann Artur Winterfeld war zu einer ganzen Reihe angesehener sächsischer Persönlichkeiten in geschäftliche Beziehungen getreten, die ihrer Natur nach noch nicht aufklärbar sind. Unter anderem soll es sich um eine Bohrgesellschaft „Saxonia" handeln, die in Galizien Erdölgruben gekauft haben soll. Welchen Umfang diese Unternehmungen hatten, geht daraus hervor, daß der Prinz Ernst Heinrich allein mit etwa 780 000 Mark, ein Kaufmann Heyn mit 250 000 Mark beteiligt sind. Eines Tages war Winterfeld spurlos verschwunden. Hinter ihm wurde wegen Betruges und Unterschlagung ein Steckbrief erlassen. Wie sich jetzt herausgestellt hat, hatte der Beschuldigte ein Flugzeug gemietet und war über Hamburg und Bremen nach dem Rheinland geflogen. Als er vor einigen Tagen verhaftet wurde, fand man noch 234 000 Mark in barem Gelde bei ihm. Winterfeld befindet sich augenblicklich in dem Moabiter Untersuchungsgefängnis und wird hier erst auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

— **Ein netter Vertreter.** Der Kopenhagener Vertreter der kooperativen Gesellschaft Arcos Gregori Ignatiew ist verhaftet worden, unter der Beschuldigung, einen Millardenbetrug begangen zu haben. Er soll erhebliche Bestechungsgelder dänischer Firmen entgegengenommen haben. Von einer einzigen Firma sollen ihm sogar 150 000 Kronen als Prämie für Lieferungsaufträge an die Sowjetregierung gezahlt worden sein. Die Verhaftung erfolgte auf Veranlassung eines ihm von der Sowjetregierung nachgesandten Vertreters, Professor Rabonowitsch.

Vereinsnachrichten.

Bergkamen, 10. Sept. (Freundschaftsfest.) Der Bezirk Hamm des Deutschen Konzertina- und Bandoneon-Bundes feiert am 11. September bei Herrn Wellhausen in Bergkamen ein großes Freundschaftsfest. Der Deutsche Konzertina- und Bandoneon-Bund hat sich die Aufgabe gestellt, sämtliche Bandoneon-Klubs und -Vereine zusammenzuschließen und im Gesamtspiel die Bandoneon-Musik als Volksmusik zu heben und zu fördern, so daß sie jeder anderen Musik gleichgestellt werden kann. Ein Besuch dieses Festes ist sehr zu empfehlen.

Sport.

Dortmund, 9. Sept. (Pferderennen.) Mit einem glänzenden Tage leitet der Dortmunder Rennverein seine diesjährigen Herbstrennen ein. Er hat Glück dabei, denn da keine Konkurrenzrennen am gleichen Tage sind, werden die Pferde von unseren besten Flach-Jockeys geritten, was natürlich ein besonders anziehendes und interessantes Moment bildet. Das kommt vor allem dem Hauptrennen, dem mit 50 000 Mark und einem Ehrenpreise ausgestatteten „August Klönne-Erinnerungsrennen" zustatten. Um den reichen Preis bewerben sich so gute Pferde, wie der Gradityer „Freibenter", „Mallenberg", „Turban", der Crack des Westens und vorjährige Sieger, „Ornament", die von Oppenheimsche „Ismene", „Trajowa", „Obulus", „Reinweiß" und der dritte aus dem deutschen Derby „Perikles". Das ist eine außerordentlich glückliche Besitzung und sichert dem Rennen das größte Interesse. Auch in anderen Rennen werden Grabitz — zum ersten Male in Dortmund — und von Oppenheim laufen lassen. Hauptrennen des Tages sind noch: das „Rheinisch-Westfälische Jagdrennen", Ehrenpreis und 40 000 Mark, der „September-Ausgleich", Preise 35 000 Mark und der „Preis von Unna" für Zweijährige. Bisher sind 102 Boxen bestellt —, das ist wohl der beste Beweis dafür, daß es diesmal ganz besonders zahlreich bestrittene und interessante Rennen gibt. — Die Rennen beginnen Punkt 2½ Uhr.

Jahrmärkte.

Erklärung der Abkürzungen.

K. bedeutet Krammarkt. V. = Viehmarkt.
KV. = Kram- und Viehmarkt. Pf. = Pferdemarkt.
Schw. = Schweinemarkt. T. = Tag.

Montag, 12. Sept.: Stadtlohn K. V., Kastrop Schw., Soest Rindv. Pf. Schw., Dortmund u. Hagen Schlachtv.
Dienstag, 13. Sept.: Ahaus V., Schale K. V., Telgte K. V., Werne V., Bielefeld Rindv. Pf. Schw., Delbrück Rindv. Pf. Schw., Lübbecke Rindv. Pf. Schw., Nieheim K. Rindv. Pf. Schw., Hallenberg Schw., Rüthen Schw., Velecke K., Niedermarsberg Schaf Hammel, Röhlinghausen V. (vorwieg. Schw., Bottrop V., Datteln V., Lette (Kr. Coesfeld) V., Münster V.
Mittwoch, 14. Sept.: Coesfeld K. V., Leeden V., Ottenstein K. V., Warendorf V., Schildesche K. Rindv. Pf. Schw., Vanse Rindv. Schw., Westlübbe K. Rindv. Pf. Schw. Schaf Ziegen, Attendorn K. V., Dortmund Zucht Faselv.
Donnerstag, 15. Sept.: Dorsten V., Dülmen V., Lengerich (Bahnhof) V., Rietberg K. Rindv. Schw., Schmallenberg Schw.
Freitag, 16. Sept.: Ennigloh Rindv. Pf. Schw. Schaf Ziegen, Methler K.
Sonnabend, 17. Sept.: Attein Rindv. Schw., Dahl K.

Statt besonderer Anzeige.

Heute morgen 10 Uhr starb nach längerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute, treue Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Fr. Grevel

Wilhelmine geb. Koepe

im Alter von 77 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Friedr. Grevel.

Kamen, Ludwigsburg, Bünde und Düsseldorf, den 8. September 1921. 3882

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. September, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause, Bahnhofstrasse 46, aus statt. Trauerfeier ½ Stunde vorher.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute mittag 1½ Uhr unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte

Trautchen Messing

im Alter von 18½ Jahren zu sich in den Himmel zu nehmen.

Um stilles Beileid bitten im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Jos. Messing und Frau
Antonie geb. Keienburg.

3891

Kamen, Radbod, den 9. September 1921.

Die Beerdigung findet Montag nachmittag 4 Uhr vom Sterbehause, Ulmenplatz 4, aus statt.

Das feierliche Seelenamt ist Dienstag morgen 7¼ Uhr.

Gras-Verkauf
Oberaden.
Montag, d. 12. d. M., nachm. 5 Uhr, wird das
sehr gute Gras
in der Papenwiese des Herrn Schulze-Belmede an der Adener Mühle nummerweise gegen Kredit verkauft.
Heil. 3839
Brüggemann.

Grasverkauf
Kamen.
Montag, den 12. d. Mts., abends 6 Uhr, verkauft Fräulein **E. Boschulte hier** den **Graswuchs** auf ihrer am Kirchhof hierselbst belegen. Besitzung durch Unterzeichnete öffentlich meistbiet. gegen Kredit.
Kamen.
Reinhard, Gerdts
3883 Aukt.

Haus,
beziehbar, h3875
oder Bauplatz
in Kamen zu kaufen gef. Angebote unter Nr. **387.** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Heirat.
Ein ordentlicher Arbeiter, Anfang der 40er Jahre, sucht die Bekanntschaft eines ordentlichen Fräuleins, Witwe mit einem Kind nicht ausgeschlossen.
Angeb. unter Nr. **3876** mit Bild an die Geschäftsstelle der Kamener Ztg.

Keine körperliche Untersuchung!
Augendiagnose.
Homöopathische elektro-galvanische Heilweise. Giftfreies operationsloses Heilverfahren.
Behandlung jedes Leidens, ob frisch, veraltert, oder dem Verzweifeln nahe.
Sprechstunden nur in Unna, jeden Dienstag Königstraße 6, von 9—5 Uhr. 3575
R. Kley,
Privatgelehrter der Medizin, Lehrer in der Augendiagnose.

Besalon-Haarpflege
unübertroffenes Kopfwaschmittel
in konzentrischer Form **äußerst sparsam** im Gebrauch Fl. Mk. 10.—.
Besalon-Haarpflege mit Kamille
gibt dem Haar den prachtvollen Goldschimmer. Fl. Mk. 12.50.
Besalon-Haarpflege m. Schwefel od. Teer
von ausgezeichneter Wirkung bei trocknem Haarboden und Kopfschuppen. Fl. Mk. 12.50.
Verkaufsstelle: 3094
Löwen-Drogerie.

Eheleute
Hygienische Bedarfsartikel aller Art, **Gummiwaren** etc. Kostenloser Rat in allen hygienischen Angelegenheiten. Auskunft und Verkauf Wochentags 9—12 und 2—6 Uhr, Sonntags 9—12 Uhr. 3476
E. Becker, Dortmund
I. Kampstrasse 126, II. Etage, direkt am Körnerplatz, 5 Minuten vom Hauptbahnhof.

Winterhüte
zum Umpressen werden jetzt schon angenommen. Musterformen vorrätig. 3652
W. Cramer,
Weststraße 89. Weststraße 89.

10 Legehühner
(einjährig) zu verk.
Unnaerstr. 161.

Lichtspielhaus Knieben
Unna.

Freitag, Samstag und Montag 7½ Uhr Abendvorstellung.
Sonntag von 1 Uhr an ununterbrochen.

Achtung! Luciano Albertini. Achtung!

Der größte Sensationsdarsteller der Welt, der in dem Film, „Der stumme Simson" große Triumphe feierte, in seiner neuen Riesen-Sensation:

Das Drama im Schlafwagen

Unglaublich spannendes Sensations- und Detektiv-Schauspiel in 5 Akten.

Dieser Film ist ein Schlager für sich. Jeder Moment bringt neue Sensationen. Nach Besichtigung dieses Werkes wird auch dem verwöhntesten Kinobesucher klar werden, daß Albertini den Gipfel aller Sensationen erreicht hat.

Ferner:

Die Notheirat

Ein hervorragender Liebesfilm von einer fabelhaften Spannung und Eleganz umgeben in 5 Prachtakten.
In der Hauptrolle: Hilde Wolter.

Dazu der humoristische Teil. 3888



Bergkamen! Bergkamen!

Sonntag, den 11. Sept.,
nachmittags 3 Uhr anfangend:

Großes

Freundschaftsfest

des
deutschen Konzertina- und Bandoneon-Bundes
im Saale des Herrn **Wellhausen, Bergkamen,** bestehend in

Konzert u. Ball

unter Mitwirkung von 11 auswärtigen Vereinen und Solisten.

Hierzu ladet freundlichst ein
Bandoneonklub „Harmonie"
Bergkamen. 3889

Homöopath. m. gn. Krankenbehandlung
ohne körperliche Untersuchung.
Behandlung aller chron. Erkrankungen.
Sprechstunden: von jetzt ab nur noch **Montags** von 10—12 u. 1—3½ Uhr Wirtschaft Rieder, Markt 6.
1680 **W. Schürmann.**

Bekanntmachung.

2. Nachtrag zur Grundsteuer-Ordnung für die Stadt Kamen vom 17. Juli 1919.

Auf Grund des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vom 9. Mai 1921 wird gemäß den §§ 23, 25, 27 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893 folgender Nachtrag zur Grundsteuer-Ordnung für die Stadt Kamen vom 17. Juli 1919 erlassen:

Der erste Nachtrag vom 22. November 1919 wird aufgehoben. An seine Stelle tritt der folgende

§ 15.

Diese Steuerordnung tritt mit dem 1. April 1922 in Kraft.

Kamen, den 13. Mai 1921.

Der Magistrat:
gez. Dr. Wiesner, gez. Siegler.

Genehmigt.
Arnsberg, den 1. Juni 1921.
Namens des Bezirksausschusses, Abteilung I.
(L. S.) Der Vorsitzende:
In Vertretung: gez. Unterschrift.
B A I C III 191/21
1

Zu der vorstehenden Genehmigung wird gemäß § 77 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 und dem Ministerialerlasse vom 26. Juni 1907 (Min.-Bl. S. 236) die Zustimmung erteilt.

Münster, den 14. Juni 1921.
Der Oberpräsident der Provinz Westfalen.
(L. S.) J. V.: gez. Weber.
Nr. 990 VI.

Veröffentlicht! 3874
Kamen, den 5. September 1921.
Der Magistrat: gez. Dr. Wiesner.

Küchen und Herde — **Schlafzimmer und Betten**

H. Brorhilker, Möbelhandlung

Westick, Post Kurl. — **Telephon Nr. 137, Amt Kamen.**

Wohnzimmer und Sofas — **Grosse Auswahl. Billige Preise.**

Heinrich Hertitz – Hamm (Westf.)



Bahnhofstr. 14/16 — Luisenstr. 1/3.
Werkstätten f. Handwerkskunst
Komplette 2805
Wohnungs-Einrichtungen
in gediegener Art und vornehmen Formen. — Beste Qualitätsarbeit bei niedrigster Preisstellung.
Besichtigung meiner 3 Ausstellungshäuser gern gestattet.

Zum Schulanfang

bringe ich äußerst billig VI Serien

Kinder- u. Mädchen-Kleider

Serie I. Mk. 15.- Serie II. Mk. 25.-
Serie III. Mk. 29.- Serie IV. Mk. 56.-
Serie V. Mk. 72.- Serie VI. Mk. 95.-

Ferner

Kinder- und Knaben-Anzüge

zu **ganz besonders herabgesetzten** Preisen
wegen vollständiger Aufgabe der Herren- und Knaben-Konfektion. 3858

Kaufhaus Nentwig
Weststraße 63. **Kamen.** Weststraße 63.

Wer wenig Kohlen will verstochen
Muss mit Persil die Wäsche kochen!



Kohlensparend, da nur einmaliges viertelstündiges Kochen. Billiges Waschen, da kein weiterer Zusatz von Seife, Seifenpulver usw. erforderlich.

PERSIL

ist das beste selbsttätige Waschmittel!
Überall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose.

Alleinige Hersteller: **Henkel & Cie., Düsseldorf.**

Braves zuverlässiges
Mädchen
zum 15. September oder später für kleinen Geschäftshaushalt gesucht. Lohn 175 bis 200 Mark. h3843
Frau W. Meckfessel, Kamen, Bahnhofstr. 8.
Telephon 165.

Zuverlässiges 3855
Dienstmädchen
für alle Hausarbeit ges.
Dr. med. Koepe, Oststraße.

Mädchen
für ganze oder halbe Tage bei hohem Lohn für sofort gesucht. 3880
Frau Rektor Steube, Kirchplatz. 12.

Braves evang.
Mädchen
nicht unter 18 Jahren ges.
Frau L. Moddemeyer, 3886 **Herne.**
Näheres **Kirchstr. 2.**

Gesucht wird zum 15. Sept. oder später ein tüchtiges h3879
Mädchen
für ganze od. halbe Tage.
Markt 25.

Tücht., zuverlässiges
Mädchen
für sofort gesucht. 3842
Gute Behandlung u. hoher Lohn zugesichert.
Näheres in der Geschäftsst. d. Kamener Ztg.

Eine gut erhaltene
Kolonialwaren-einrichtung
mit Fenstervorsätzen zu verkaufen. h3881
Näheres in der Geschst. der Kamener Zeitung.

Zwei anständige, junge Bergleute erhalten 3884
Kost u. Logis.
Zu erfr. in der Geschst.

Wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen 3890
Ortsgruppe Kamen.

Sonntag, den 11. September, vorm. 10 Uhr,
Versammlung
bei Rieder am Markt.
½10 Uhr:
Vorstandssitzung.
Der Vorstand.

Ost- und Westpreußen-Verein
„Bruderhand"
Kamen.
Am Sonntag, den 11. Sept., vorm. 10 Uhr:
Monats-Versammlung
beim Wirt Herrn Felske, Oststraße.
Tagesordnung wird dortselbst bekannt gegeben.
Aufnahme neuer Mitglieder. 3885
Der Vorstand.

Tanzschule Kamen

Ein neuer Kursus beginnt am **Dienstag, den 13. September, abends 8 Uhr,** im Saale des Herrn M. Felske, Oststraße.
3818 **H. Ludmann, W. Maiwald.**

Seien Sie klug! Kaufen Sie jetzt! Noch billig!

Pelze
80.-, 150.-, 250.-
und höher, dazu die passenden
Muffen
Skunks, Marder, Jltis, Blaufuchs, Alaskafuchs, Seal, Opossum
staunend billig!
Herrenpelzkragen Pelzhüte, Umarbeitungen nach neuesten Modellen.

Pelzvertrieb
Dortmund
nur 6 Königswall 6
1 Treppe, kein Laden
gegenüber der Bahnpost.
Bei 300 Mk. Einkauf 10 Mark Fahrtvergütung
3867

Für
Nervosität
Gemütskrankheit
Neuralgie
Willensschwäche
Kopfschmerz
Zahnschmerz
M. Rob. Weiß,
Bergkamen,
Hohenzollernstr. 203.
Tägl. vorm. v. 9—12. 3865

Unterhaltungsabend

aus Anlaß des Volkstanzlehrgangs.

Freitag, den 16. September 1921, abends ½8 Uhr, im Schützenhof (Reinhard) Kamen.

1. „Die Himmel rühmen" Beethoven
   „Am Meer . . . . . Schubert
   (Posaunenchor des ev. Männer- u. Jünglingsver.)
2. Prolog.
3. Ansprache.
4. „Die Heimatglocken" . . A. Billeter
   „Hört Ihr nicht den Ruf erklingen . . . H. Stubbe
   (M.-Gesangverein „Einigkeit".)
5. Barrenturnen.
   (Damen-Abteilung des Turnvereins zu Kamen.)
6. Volkstänze. (Lehrgangsteilnehmer)
7. Fechten. (Turnverein zu Kamen)
8. Leben u. Treiben auf froh. Wanderfahrt.
   (Mandolinenklub „Gut Klang" Touristenverein „Naturfreunde" und andere)
9. Vorführung von Zimmerspielen.
   a) Reise nach Jerusalem.
   b) Gegenstand raten.
   c) Familienkutsche.
   (Kath. Jungfrauenkongregation.)
10. „Gute Nacht" (Trompeten-Solo) . . . . . H. Möhring
    (Posaunenchor)
11. Reckturnen.
    (Riege der der Arbeitsgemeinschaft der Turnvereine angeschlossenen Vereine.)
12. Schlußmarsch. (Posaunenchor)

Aenderungen vorbehalten.

Eintrittspreis einschl. Programm: Jugendliche bis 16 Jahre 2 Mk. Alle sonstigen Besucher 5 Mk.
Der Reinertrag ist zum Ausbau der Jugendpflege bestimmt.

Der Ortsausschuß für Jugendpflege Kamen.
3887

Hotel Monopol

Sonntag

Frei-Konzert.

3892 **Fr. W. Herms.**

Tapeten

moderne **Muster** in größter **Auswahl** und **Preiswürdigkeit**
empfehlen
Tapeten- u. Farbenhaus **Gebrüder Scheele**
Hamm (Westf.), Große Weststr. 24.
Beste **Bezugsquelle** f. **Anstreicher-geschäfte**
Verlangen Sie Musterkarte. 167

Umpressen
Reinigen, Färben
von Herren- und Damen-Hüten schnell und billig.
E. Wette, Waschanstalt,
Bahnhofstrasse. 3278

Fr. Brinkmann
begl. Vertreter von
Pastor Felkes Heilweise
Unna, Bahnhofstraße 49
Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 3139

Schafbock
auch schön zur Zucht, wegen Futtermangels zu verkaufen. 3870
Näh. in der Geschäftsstelle der Kamener Ztg.

Große Auswahl in
Natur Haarzöpfen
zu bekannt billigsten Preisen.
Anfertigung sämtlicher moderner
Haararbeiten, Zöpfe, Unterlagen, etc.
Damen-Salon
W. Steinmann,
Bahnhofstraße 56,
Telephon 256. 2081

Wer ein



Haus, Kotten, Grundstück, Bauplatz
und dergl. zu kaufen oder zu verkaufen sucht, wird es durch eine kleine Anzeige in der Kamener Zeitung erreichen. Ausserordentlich zahlreich sind die Angebote, welche auf eine solche Anzeige stets eingehen.

Nr. 212
Zweites Blatt

Kamener Zeitung

Sonnabend,
den 10. Septbr. 1921

Verewigung der deutschen Kriegsschulden?

Die Konferenz der Verbandsfinanzminister in Paris hat beschlossen, einen Ausschuß zum Studium der Frage einzusetzen, wie die 50 Milliarden Goldmark deutscher Schuldverschreibungen Serie A und B zu Bargeld gemacht werden könnten. Man wird auf das Ergebnis dieser Betrachtungen gespannt sein dürfen. Die größte Finanzmacht, Amerika, hat es bereits abgelehnt, in erheblichem Umfange bei der Mobilisierung der deutschen Schuld mitzuwirken. Ein amerikanischer Finanzmann, Herr Vanderlip, hat kürzlich die vielen optimistischen Urteile über den Stand und die Aussichten der deutschen Wirtschaft korrigiert. Er ist der Meinung, daß der äußere Schein trügt, und daß die deutsche Wohlfahrt nicht nach der heutigen Zahl der Arbeitslosen und nach der Reinlichkeit der Straßen in deutschen Großstädten gemessen werden darf; er hält die Reichsfinanzen für so notleidend, daß nur eine Revision der Reparationsbestimmungen Aussicht auf eine Besserung geben könnte. In Frankreich wird immer wieder behauptet, die Reichsregierung habe mit der deutschen Wirtschaft verabredet, die öffentlichen Finanzen in Verfall geraten zu lassen und den deutschen Wirtschaftsunternehmungen alle Gewinne zuzuschanzen, um nach außenhin als bedürftig und zahlungsunfähig zu erscheinen. Es war zweifellos ein Irrtum, daß wir im Bestreben, der deutschen Wirtschaft den Uebergang in die Friedenswirtschaft zu erleichtern, versteckte Reichssubventionen an die deutsche Wirtschaft gegeben haben. Daß die Milliardenzuschüsse zum Post- und Eisenbahnwesen, die im letzten Jahre aufgewandten 10 Milliarden zur Verbilligung des Brotes sowie auch die darüber hinausgehenden Milliarden Fehlbeträge im öffentlichen Haushalt praktisch nichts anderes sind, als Reichszuschüsse zur Wirtschaftsführung, dürfte wohl keinem Widerspruch begegnen. Es muß aber bezweifelt werden, ob das Reparationsprogramm des Verbandes vom 5. Mai ds. Js. auch nur irgend etwas von seiner Unerfüllbarkeit verloren hätte, wenn die Reichsregierung alsbald nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages auf die Schaffung des vollen Gleichgewichtes im Reichshaushalt gedrungen hätte. Bei der Beschaffung der ersten Barmilliarde, deren Auszahlung am 31. August beendet sein soll, haben unsere Gläubiger erkannt, daß die Barzahlung durchaus nicht die edlere und angenehmere Form der deutschen Reparationserfüllung sei. Unter der Verteuerung der Devisen haben außer uns auch alle anderen, auf fremdländische Rohprodukte und Waren angewiesenen Staaten gelitten. Gegen deutsche Sachleistungen in das zerstörte Gebiet Frankreichs macht sich Widerstand bei den anderen Verbandsmächten, insbesondere bei England, geltend. Ueber das im Juli ausgearbeitete deutsch-französische Abkommen ist noch immer keine Entscheidung gefallen. Es heißt, daß auch bei der neuerlichen Begegnung Dr. Rathenaus und Loucheurs am 26. August in Wiesbaden keine Entscheidung gefallen sei. An sonstigen Möglichkeiten, unsere Reparatronsverpflichtung zu erfüllen, täne neben den bei unseren Gläubigern anscheinend unerwünschten Barzahlungen und Sachleistungen nur noch die Erschließung von Kolonien in Betracht. Der deutsche Aufbauminister Dr. Rathenau soll angeblich nicht abgeneigt sein, gewisse südrussische Erz- und Kohlengebiete durch deutsches Kapital und deutsche Arbeit zugunsten Frankreichs zu erschließen. Die sehr schweren Bedenken, die im Interesse unserer Zukunft gegen diesen Plan geltend gemacht werden müssen, sind so einleuchtend, daß man auf eine Ablehnung solcher Pläne im deutschen Sinne wird rechnen dürfen. Besteht aber keine technische Möglichkeit, das Reparationsprogramm zu erfüllen, weil eben unsere Gläubiger die verschiedenen Arten der Erfüllung ablehnen, so tritt der seltsame Zustand ein, daß unsere Zahlungsverpflichtung bestehen bleibt und nicht abgebürdet werden kann. Nach der bisher in Paris betriebenen Politik ist es nicht unwahrscheinlich, daß Frankreich mit diesem Falle ernstlich rechnet, ihn sogar herbeizuführen sucht. Die Verewigung der deutschen Zahlungsverpflichtung würde unseren Gläubigern eine dauernde Kontrolle über unsere Politik und unsere Wirtschaft gestatten und uns verhindern, durch Erfüllung wieder frei zu werden. Es ist uns nicht damit gedient, daß uns nicht aufzubringende Schuldbeträge für Jahre oder Jahrzehnte gestundet werden; die Revision des Reparationsprogrammes muß zu einer sehr erheblichen Ermäßigung der Gesamtsumme und der Raten führen, wenn der unerträglich Druck von unserer Volkswirtschaft genommen werden soll.

Der Streit um die erste Milliarde.

Der Berichterstatter des „Berl. Tagebl." meldet seinem Blatt: Die bevorstehenden Verhandlungen mit den Alliierten, besonders mit England über die Frage einer Abänderung des Beschlusses der Pariser Finanzkonferenz vom 13. August geben der Presse Gelegenheit, den eindringlichen Appell an England zu richten, Frankreich gegenüber möglichst Entgegenkommen zu zeigen, wenn nicht die Entente cordiale weiterhin unheilvollen Schaden erleiden solle. Es ist erstaunlich, welche Fülle von Bitterkeit dabei in einzelnen Blättern zum Ausdruck kommt. So schreibt Hervé in der „Victoire": „Was das übelste an diesem Streit über die erste Milliarde ist, daß ist neben der Gefahr, in die sie unser ganzes Ministerium bringt, noch die Tatsache, daß sie die Gefühle unseres Volkes für England abkühlen wird. Lloyd George kann sich keine Vorstellungen machen von dem Schaden, die diese unglückliche Angelegenheit der französisch-englischen Entente cordiale verursacht." Der Verfasser zählt dann ein längeres Register all der Dinge auf, die in Frankreich den Engländern sehr übel vermerkt wurden: die englischen Kohlen, die am Tage nach dem Waffenstillstand Frankreich zu ungeheuren Preisen verkauft wurden, der Widerstand Englands gegen Zwangsmaßnahmen Deutschland gegenüber, die oberschlesische Angelegenheit, die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen England und Sowjetrußland, die englische Unterstützung, die Griechenland gewährt wurde, usw. Dann heißt es weiter: „Es ist heute die allgemeine Ansicht in Frankreich, daß England in dem Kriege von 1914 nicht etwa aus Sympathie für Frankreich oder für Belgien interveniert hat, oder um eine gerechte Sache zu verteidigen, sondern einzig und allein aus persönlichem Interesse, um die See- und Industriemacht Deutschlands zu brechen und um die Festsetzung Deutschlands in Antwerpen zu verhindern. Drei Jahre nach dem Waffenstillstand ist man so weit gekommen, daß eine Menge Leute in Frankreich sich jedesmal die Hände reiben, wenn die englische Macht in Irland, in Indien oder sonstwo auf Schwierigkeiten stößt. Ist es gute Politik, wenn England um des Vorteils willen, eine halbe Milliarde etwas früher einzustreichen, in das Herz des französischen Volkes für viele Milliarden Mißtrauen sät?" — „Ere Nouvelle" schreibt: „Deutschland treibt dem Bankerott zu. Es kann nicht zu gleicher Zeit seine Gläubiger im Auslande und im Inlande bezahlen. Es muß vermieden werden, daß der sichere und nahe Bankerott Deutschlands an das französische Guthaben rührt und dieses noch verringert. England und die Belgier treffen ihre Vorsichtsmaßnamen. Unter verschiedenen Vorwänden bemächtigten sie sich des größten Teiles der bereits gemachten Zahlungen. Lassen wir uns von unseren Freunden und Verbündeten nicht übertölpeln. Im gegenwärtigen Zustand der Zivilisation muß jeder auf sich selber zählen. Achten wir schöne Worte, versichern wir uns gegenseitig der Freundschaft, aber seien wir auf unserer Hut!"

Aus London wird dem „Journal" gemeldet, daß die französische Regierung der englischen Regierung auf amtlichem Wege mitgeteilt habe, daß sie das von der interalliierten Finanzkommission erledigte Abkommen nicht ratifiziert habe.

Die furchtbaren Folgen der Geldentwertung.

Der Deutsche Währungsbund in Stuttgart veröffentlicht nachstehende Ausführungen, die das Kernproblem aller Teuerung wirkungsvoll zur Darstellung bringen:

Der Deutsche Währungs- und Arbeitsbund ist unter der Mitwirkung aller größeren Parteien des württembergischen Landtages — von der alten Sozialdemokratie bis zur Rechten — zu dem Zeitpunkt gegründet worden, als die Kaufkraft des deutschen Geldes wenige Wochen nach der Ratifikation des Diktats von Versailles nahezu vernichtet war. Der Bund hat schon damals auf den einzigen Weg zur Rettung vor der völligen Verarmung und Versklavung Deutschlands hingewiesen. Es ist der Weg der Aufklärung aller Volkskreise über die furchtbaren Folgen der Geldentwertung, ferner der Weg eines Höchstmaßes an Einigkeit, Ordnung, Arbeit und Sparsamkeit mit dem Ziele der allmählichen Wiederaufrichtung der deutschen Währung durch ein Mehr von Ausfuhr und ein Weniger an Einfuhr und die Wiedergewinnung des Vertrauens der Welt zu dem Friedenswillen des deutschen Volkes. Auch heute gibt es kein anderes Rettungsmittel.

*

Die Pflicht der Vertragserfüllung bedingt eine Steuerbelastung, die von der großen Volksmehrheit nur mit der äußersten Sparsamkeit, ja mit den schwersten Entbehrungen getragen werden kann. Der seit der Annahme des Ultimatums eingetretene Rückgang der deutschen Währung hat gezeigt, daß die Lösung des Steuer- und „Reparations"-Problems nur möglich ist im engsten Zusammenhang mit der Lösung des Währungsproblems. Bis die Steuergesetze verabschiedet sein werden, wird die Geldentwertung und Teuerung schon einen großen Teil der Steuererträgnisse verschlungen haben und in kurzen Fristen immer neue unerfüllbare Steueropfer fordern. Auf der schwankenden Grundlage einer sinkenden Währung ist jede Steuerreform, jede Aufstellung des Staatshaushalts, jede Sicherung der Volksernährung, jede Ueberschußwirtschaft und jede Erfüllung der deutschen Verpflichtungen unmöglich.

*

Die Lohn- und Gehaltserhöhungen, die als die Folgen der Geldentwertung und der Steuerlasten notwendig werden, können nur zu dem Kreislauf einer immer neuen, progressiv fortschreitenden Teuerung, immer neuer Lohnbewegungen und weiterer Geldentwertung führen. Wenn ihre Ursachen nicht behoben werden, dann wird Deutschland mit Riesenschritten den Währungszuständen Oesterreichs und Polens und mit diesen Ländern dem Untergang entgegengehen. Die Gehalts- und Lohnerhöhungen, soweit und solange sie noch möglich sind, gewähren nur eine vorübergehende Abhilfe, denn den Erhöhungen folgt die weitere Teuerung auf dem Fuße. Lohnkämpfe kann unsere kranke Volkswirtschaft nicht mehr ertragen; sie können nur noch schiedlich und friedlich erledigt werden. Auch die Lösung des Gehalts- und Lohnproblems kann nur durch die Lösung des Währungsproblems erreicht werden. Neben den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Staates, der Gemeinden und aller Unternehmungen, denen gegenüber der Teuerung mehr oder weniger vorerst noch ein Ausgleich geschaffen werden kann, stehen die zahllosen Unglücklichen, deren Einkommen sich nicht oder nicht genügend erhöht, die weiten Kreise der Kriegs- und Altersinvaliden, der kleinen arbeitsunfähigen Rentner und Rentnerinnen, der freien, gelehrten und künstlerischen Berufe, die jetzt schon hungern und bei dem weiteren Fortschritt der Teuerung zum Hungertod verurteilt sind. Diese Unglücklichen darf die Gesetzgebung bei der Bemessung der Möglichkeiten der Vertragserfüllung nicht vergessen.

*

Der Zerfall der deutschen Währung erzeugt eine Hochkonjunktur der deutschen Export-Industrie, einen täuschenden Scheinreichtum an Papiergeld, dessen Zusammenbruch nur eine Frage der Zeit ist. Je weniger das deutsche Geld gilt in der Welt, um so größer die Wettbewerbskraft Deutschlands. Aber es ist die Kraft des Fieberkranken, das Vorzeichen des nahen Endes. Dieser krankhafte Wettbewerb des valutaschwachen Deutschlands wirft Millionen Arbeitsloser der valutastarken Länder auf die Straße und erfüllt die Welt mit neuem, unverdienten Haß gegen die deutsche Arbeit. Sie zwingt die bedrohten Länder zu Schutz- und Sperrmaßregeln, die die deutsche Ausfuhr nur zu bald lähmen und die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen unmöglich machen werden. Die Währungsnot ist die Nährmutter der Weltspekulation, des Wuchers und des Ausverkaufs der armen Länder. Sie untergräbt alle Ordnung und Sitte, macht die Reichen reicher, die Armen ärmer, vernichtet die Kaufkraft Europas und verewigt die Weltkrisis.

*

„Der Krieg nach dem Kriege" ist der ungeheuerste Irrtum der Weltgeschichte. Vier furchtbare Kriegsjahre haben die Kaufkraft des deutschen Geldes noch nicht zur Hälfte vernichten können. Ein Tribut von 3½ Milliarden Goldmark hätte nach dem Stand der deutschen Währung im November 1918 noch keine 7 Milliarden Papiermark gekostet, wenn das Versprechen des Präsidenten Wilson nicht gebrochen, im Waffenstillstand nicht die grausame Hungerblockade fortgesetzt und ein wahrer Friede geschlossen worden wäre.

Nach 1½ Jahr des Wirtschaftskrieges hätte dagegen der Tribut nahezu 90 Milliarden erfordert. Nach dem Stand der Wechselkurse zur Zeit des Ultimatums kostete er 45 Milliarden, nach der Pariser Augustkonferenz etwa 80 Milliarden, und niemand weiß, ob er nicht bald 100 oder noch viel mehr Milliarden im Jahr kosten und Deutschland zahlungsunfähig machen wird.

Der Nachkrieg hat auch den Siegern ungeheure Valutaverluste auferlegt. Er ist eine Hauptursache ihrer Finanznot, die für sie selbst zur Katastrophe wird, wenn die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zusammenbricht. In dieser Tatsache ist uns ein Bundesgenosse erwachsen, den anzurufen die Zeit gekommen ist!

Der Griesbacher Mord eine Auslands-Tat?

Die Kölnische Volkszeitung bringt an leitender Stelle einen Aufsatz: „Was steckt hinter der Ermordung Erzbergers?", in dem sie der bemerkenswerten Auffassung Raum gibt, daß die geheimen Fäden des Attentats überhaupt nicht nach dem Inlande, sondern nach dem Auslande führen. Die Motive des Mordes von Griesbach lägen danach nicht so sehr in der Vergangenheit und in der politischen Tätigkeit des ehemaligen Staatssekretärs und Reichsfinanzministers Erzberger als in den auf die Gestaltung der Zukunft in Deutschland steckenden Absichten und Bestrebungen. Das Blatt, das bekanntlich im besetzten Gebiet erscheint und sich sehr zurückhaltend ausdrücken muß, deutet an, daß vor allem gewisse Kreise Frankreichs wohl ein Interesse daran hätten haben können, durch Ermordung Erzbergers in Deutschland eine allgemeine Verwirrung zu stiften, um bei dem dadurch entstehenden offenen bürgerlichen Zwist und Streit die Verfassung und die gegenwärtige Regierung zu stürzen und dann der Entente Anlaß zum neuen Einschreiten in Deutschland zu geben. In Frankreich würde die auf ihr Prestige bedachte Militärpartei und nicht minder die für ihre wirtschaftliche und finanzielle Sicherheit besorgten kleinen Rentner solche Gewaltmaßnahmen stürmisch fordern, und jede Regierung, die diesem Verlangen nicht Folge gäbe, sofort wegfegen.

Das wegen seiner ruhigen und objektiven Haltung geachtete Zentrumsblatt nimmt die von

---

Lore Werneburg.

Roman von Hedwig von Puttkamer.

(Nachdruck verboten.)

24. Fortsetzung.

Auf dem Bahnhof in D... stand der Personenzug bereit, der in einer Stunde nach Kirdorf gelangte. Lore Werneburg saß in einem Abteil erster Klasse, umgeben von zahlreichen Paketen in allen Formen und Größen. Weihnachten stand vor der Tür, sie hatte mit dem Pfarrer in Kirdorf mancherlei liebevolle Pläne besprochen und war zwei Tage in D... gewesen, um einzukaufen. Dabei hatte sie sich total verausgabt. Theater und Hotel waren dazu gekommen, kurz und gut, ihre Börse war gähnend leer und die eine Mark, die sie sich in einer Ueberlegtheit, auf die sie noch stolz gewesen war, für den Gepäckträger aufgehoben hatte, diese letzte Mark war nun auch noch weg. Einfach futsch: Verschwunden! Und da stand der Mann vor ihr, sie versuchte, ihm die Geschichte zu erklären, aber er hielt es für Schwindel, was sie sagte. Erster Klasse und so fein angezogen, mit Pelz, wie eine Fürstin, und so viel eingekauft, und „denn mich mal 'n lumpiges Trinkgeld", murrte er dreist, „ich habe überhaupt achtzich Pennija zu verlangen, meine Dame!" drohte er grob.

Lore weinte beinahe. Da trat ein Herr, der die Szene beobachtet hatte, heran und zog den Hut. „Ich darf Ihnen wohl aushelfen, gnädiges Fräulein." Der Träger erhielt sein Geld und schob ab. Lore dankte unter tiefem Erröten. „Bitte, sagen Sie mir Ihren Namen und Ihre Adresse, mein Herr."

„Wie Gnädigste befehlen. Graf Laxheim." Er verbeugte sich. „Aber meine Adresse tut nichts zur Sache, es war mir eine Freude, Ihnen nützen zu können." Er warf die Zigarette fort. „Darf ich zu Ihnen einsteigen?"

Der Zug wollte zwischen rauchenden, endlos gestreckten Fabrik- und Hüttenwerken dahin. Rote Steinmauern, von Kohlenruß geschwärzt, langweilige schmutzige Straßenzüge, ab und zu eine langhingezogene Kolonie von Arbeiterhäusern, eins wie das andere, gleichförmig und ermüdend. Ueber allem ein blasser, heller Winterhimmel und auf der kurzen Strecke, in der die Bahn sich von den dicht an dicht gelegenen Industriestädten befreite, auch ein wirkliches Stück Winterlandschaft mit schneebedeckten Feldern und rauh bereiften Bäumen die in der Sonne glitzerten.

Graf Laxheim musterte sein reizendes Gegenüber mit mehr Neugier und offenem Wohlgefallen als Zartgefühl, so daß es Lore unter seinen dreisten Blicken heiß und kalt überlief. Sie bemühte sich, mit gleichgültigem Gesicht aus dem Fenster zu starren, aber ihre immer wache Lust zum Lachen machte am Ende doch die mühsam bewahrte Würde zuschanden. Es zuckte verräterisch um ihre beweglichen Nasenflügel.

„Na endlich", sagte der Graf keck, „bisher wagte ich ja einfach nicht zu sprechen. „Gnädiges Fräulein sahen auch gar zu unnahbar aus!"

„Das habe ich doch eigentlich kaum bewiesen", lachte sie zurück, „von einem Wildfremden Geld anzunehmen, ist das so abweisend?"

„Der Not gehorchend!" zitierte er.

„Haben Sie das alles" — er wies auf die vielen Pakete — „auf die gleiche Art zusammengetragen?"

„Oh, wie frech, das zu sagen!" Sie lachte hell auf. „Ich bin doch kein Leutnant, daß ich meinen Kredit an einem Tage zu Tode pumpe!"

„Aha, da habe ich meine Strafe weg!" Laxheim fand sie entzückend und seine Augen sagten es ihr sehr deutlich.

„Na, ob!" Lore nickte in ihrer alten, burschikosen Art. „Sie sind doch sicher Ulanenleutnant. Mir ist so, als hätte ich Sie gestern abend im Theater in Uniform gesehen."

„Herrgott, waren Sie das etwa, die in der kleinen Loge links ganz allein saß und unsere flehenden, schmachtenden Blicke so mit Verachtung strafte?"

Lore nickte. Eine gebildete Frau bemerkt nie, daß sie bemerkt hat, daß sie bemerkt wurde."

„Ihr eigener Geist?" neckte er.

Sie schmollte.

„Sehe ich denn aus wie eine dumme Gans?"

„Sie sehen aus wie das schönste Mädchen, das ich je gesehen!"

Sie fiel darauf herein.

„Wie heißt denn die?" fragte sie neugierig.

Er lachte. „Ja, das wüßte ich auch für mein Leben gern!" Sie wurde dunkelrot und ärgerte sich, daß sie ihm auf den Leim gegangen war.

„Und Sie sind der frechste Leutnant, den ich in meinem Leben gesehen habe!"

„Ich bitte demütigst um Entschuldigung, gnädiges Fräulein: Aber Ihre so, na — sagen wir mal, Ihre frische, natürliche Art ließ mich einen Augenblick vergessen, daß ja eine fremde Dame vor mir sitzt." Er betonte das „fremde" und hoffte auf ein freundliches Wort und auf ihren Namen. Aber Lore hatte sich wirklich geärgert und schwieg. Daß die Herren es doch immer falsch verstanden, wenn sie sich zeigte, wie es ihr Uebermut ihr eingab. Man mußte tatsächlich eine Maske vorlegen und ihnen dauernd eine andere Lore vorspielen. Harmlos gemeinte Neckereien nahmen sie scheinbar gleich als Ermutigung und wurden unverschämt. Erinnerungen tauchten auf, die sie erröten machten. Vergebens suchte sie sich unter ihrem großen schwarzen Samthut vor den Augen des Grafen zu verstecken, doch sie fühlte seinen Blick unausgesetzt und dankte ihrem Schöpfer, als die ersten Häuser von Kirdorf auftauchten. Wohin er wohl fuhr? Laxheim fragte sich dasselbe. Wer war sie? War sie aus dem Nest? Dann hätte er sie doch damals kennen lernen müssen? Sie begann, ihre Sachen zu ordnen. Er wollte helfen, er brannte darauf, näheres von dieser reizenden Schmollhexe, die ihn so unbarmherzig nach einem guten Wort schmachten ließ, zu erkunden.

„Sie steigen aus? Darf ich Ihnen tragen helfen?"

„Der Diener ist an der Bahn, ich danke Ihnen sehr." Jetzt war sie ganz Weltdame. „Haben Sie nochmals Dank für Ihre liebenswürdige Hilfe."

Da fiel ihm ein, so ging's. „Ich möchte aber doch bitten, gnädiges Fräulein, daß Sie mir die Mark zurückschicken!"

Verblüfft sah sie ihn an. Seine zärtlichen Augen lachten und bettelten. Da flog wieder jenes süße Erschauern über sie hin, das sie so lange nicht gespürt, und sie senkte tief errötend den unsicheren Blick. Er sah ihre Befangenheit und wußte, der „schöne Bar" hatte mal wieder eine Eroberung gemacht. Das war ihm ja nun nichts besonders Neues. Neu war nur, daß er selber vor diesem süßen Gesicht so schnell und restlos kapitulierte. Er blieb sonst meistens innerlich ganz unbeteiligt und nur seine Eitelkeit kostete ihre Siege aus. „Hier meine Karte." Er reichte ihr das Blättchen hin und, als sie danach griff, hielt er ihre Hand fest, drehte sie um und küßte sie in die Oeffnung über dem Verschluß, lang und heiß, indem er murmelte: „Ich nehme mir ein wenig von meinem Lohn!"

„Sie sind wirklich sehr dreist, Graf!" Der Zug fuhr langsam.

„Werde ich Sie wiedersehen?" bat er dringlich, „wann sind Sie wieder im Theater?"

„Ich habe keine Ahnung", lachte Lore, die ihre Sicherheit wiedergefunden, nun das Alleinsein mit ihm aufhörte, „ich habe doch kein Geld mehr, Sie wissen es ja!"

„Racker", sagte er leise", „süßer Racker! Warte nur, ich kriege dich doch noch." Sie hörte es nicht. Der Zug hielt. Ein Diener in brauner Livree riß die Tür auf und beugte sich mit den Paketen, während Lore dem Grafen zunickte: „Also vielleicht . . . auf Wiedersehen. Und die Mark —, die muß sich erst verzinsen!"

„Ach nein, bitte, bitte! Sie wissen ja, ein Leutnant . . .!"

Ihr helles Lachen klang ihm noch im Ohr, als sie schon längst in der tadellos bespannten Viktoria, in ihren molligen Fahrpelz gehüllt, an ihm vorbeigerollt war und er noch unentschlossen hinter dem kahlen, nüchternen Bahnhofsgebäude stand. Er hielt einen Jungen an: „Da, Jung', hast einen Groschen. Wer war die Dame?"

„Das war Fräulein Lore Werneburg", versetzte der Knirps prompt und fügte mit einem Stolz, als ob er eine Sehenswürdigkeit anzupreisen hätte, hinzu: „Das is die, wo das kleine Vollchen von Deppes aus dem Mühlteich gezogen hat."

„Donnerwetter nochmal. Da hast noch einen, mein Sohn."

(Fort. folgt.)

ihm angedeutete Möglichkeit zum Anlaß, alle Deutschen eindringlich zu mahnen, im gegenwärtigen Augenblick sich von allen wie auch immer gearteten Umtrieben und Hetzereien fernzuhalten und sich von gefährlichen Drahtziehern nicht für politische Zwecke mißbrauchen zu lassen.

20—25 Millionen Russen vor dem Hungertode.

Nansen gab den Vertretern der Presse einige interessante Aufklärungen über das Hilfswerk für das hungernde Rußland. Nach seiner Ansicht wären vier Millionen Tonnen Nahrungsmittel nötig. Rußland glaube, zwei Millionen Tonnen liefern zu können. Das internationale Hilfswerk müsse also seinerseits zwei Millionen Tonnen liefern. Die Hungersnot breite sich von der Wolga bis zum Kaukasus aus. 20 bis 25 Millionen Menschen litten ungeheuer. Das Dringendste sei, Saatkorn zu beschaffen; wenn das nicht möglich sei; dann würden die Menschen und das Vieh sterben müssen. Ueber die jüngste Verhaftung des altrussischen Ausschusses befragt, wies Nansen darauf hin, daß dadurch große Schwierigkeiten hervorgerufen worden seien. Es wäre eine undankbare Aufgabe, die er übernommen, aber nur mit Optimismus könne man sich an sie heranmachen. Auf die Bemerkung eines Pressevertreters, daß eine Pariser Kommission eine Untersuchung anstelle, erklärte Nansen, daß es sehr schön sei, aber das würde die unmittelbare Hilfe nicht einschränken. Man dürfe keinen Augenblick mehr verlieren. Der warme aufrichtige Ton seiner Ausführungen machte einen tiefen Eindruck auf die Zuhörer.

Neuer Terror in Rußland.

„Daily Telegraph" meldet, daß die Lage in Rußland von einer außerordentlichen Kommission beherrscht werde. Lenin werde, wie früher der Zar, täglich mit Gerüchten über neue und weit verzweigte Verschwörungen terrorisiert. Als sich zeigte, daß Lenin das Zusammengehen mit dem unpolitischen altrussischen Hilfskomitee begrüßte, wurde sofort von der außerordentlichen Kommission eine weite Verschwörung und auch Beweise dafür fabriziert. Den russischen Blättern zufolge fand in den Provinzen ein wahres Gemetzel unter den Vertretern dieses unpolitischen Komitees statt. Besondere Abordnungen von Polizeispionen verhafteten die Agenten des Komitees und erschossen sie kurzerhand. Die Sowjetregierung beginne eine neue Herrschaft des Terrors gegenüber den gebildeten Klassen in Rußland.

Wie dem „Matin" aus Helsingfors gemeldet wird, veröffentlicht die „Prawda" eine Liste von 61 Personen, die wegen der jüngsten Verschwörungen gegen die kommunistische Regierung erschossen worden seien. Unter den Opfern befinden sich die Namen hervorragender Vertreter der Wissenschaft, Kunst und Literatur, u. a. der Geologe Professor Koslowski, der Jurist Professor Lazarewski, der Dichter Gumilew, verschiedene Offiziere, Studenten, Matrosen, und Frauen. Terror herrscht auch in Kiew und Odessa.

112 582 Cholerafälle.

Nach einer Veröffentlichung des statistischen Büros in Moskau wurden in Sowjetrußland bis zum 23. August 112 582 Cholerafälle registriert. Es muß indessen angenommen werden, daß bei den unzulänglich arbeitenden statistischen Büros in Sowjetrußland der imensen Ausdehnung der von der Seuche befallenen Rayons die tatsächliche Zahl der Fälle eine bedeutend höhere ist.

Reichslandbund und Lieferstreik.

Der Reichslandbund, Abteilung Westfalen, schreibt uns: Ein Teil der Presse entrüstet sich über ein Rundschreiben des Reichslandbundes an die ihm angeschlossenen Körperschaften, in dem der vom Brandenburgischen Landbund angeregte Gedanke eines Lieferstreiks besprochen wird. Soweit dabei ein Abdruck des Rundschreibens erfolgt, werden wichtige Teile des Schreibens ausgelassen oder einzelne in die gegnerische Agitation passende Sätze und Ausdrücke aus dem Zusammenhang gerissen, wodurch der Sinn entstellt wird. Dabei behauptet der „Vorwärts": „Die Städte sollen ausgehungert werden, um die Regierung zu zwingen, von einer steuerlichen Belastung der Landwirtschaft abzusehen", während es am Schluß des Rundschreibens ausdrücklich heißt: „Die Landwirtschaft muß sich hierbei allerdings darüber im klaren sein, daß sie ebenso wie alle anderen Berufsgruppen neue Steuern auf sich nehmen müsse, weil sie leider notwendig sind, aber nicht in einer Form, die allmählich zur Fortnahme des Grund- und Bodens führen soll." Auch vorher ist ausdrücklich hervorgehoben, daß es darauf ankommt, „Regierung und gesetzgebende Körperschaft von der Unmöglichkeit der Durchführung von Steuerplänen, die zur Selbstvernichtung der deutschen Produktion führen müssen, zu überzeugen". Der Lieferstreik ist also in dem Rundschreiben ausdrücklich nur als „letzte Abwehrmaßnahme" erwogen worden für den Fall, daß die Steuerpläne der Regierung geradezu auf die Vernichtung der Landwirtschaft hinausgehen und einer völligen Sozialisierung gleichkommen. Daß die Landwirtschaft, wenn sie vernichtet werden soll, sich dagegen wehrt, das muß diesen Angriffen gegenüber doch nachdrücklich hervorgehoben werden. In dem Rundschreiben des Reichslandbundes wurden ausdrücklich nur „alle im Rahmen der Gesetze liegenden Abwehrmaßnahmen" zur Erwägung empfohlen. Dieses äußerste Abwehrrecht muß den Landwirten ebenso gut zugebilligt werden, wie es die gegenwärtig herrschende Arbeiterklasse in der Offensive als selbstverständlich in Anspruch nimmt. Ein Berufsstand von der außerordentlichen Bedeutung, wie sie gerade heute der Landwirtschaft innewohnt, darf und kann auf dieses äußerste Abwehrmittel nicht verzichten, wenn es sich darum handelt, sich vor völliger Vernichtung zu schützen. Ja, es ist seine Pflicht, das nicht zu tun, denn mit seiner Vernichtung würde die gesamte Wirtschaft Deutschlands zugrunde gerichtet. Es scheint bereits vergessen zu sein, daß in den Märztagen 1919 die sozialistische Arbeiterschaft zur Erzwingung der Sozialisierung in den Generalstreik trat und damit die Gefahr der Bolschewisierung heraufführte. Wenn heute die Landwirtschaft nicht aus Selbstsucht und Habgier, nicht aus Sorge um den eigenen Beutel, sondern um der Allgemeinheit und der Volksernährung willen in der Abwehr ähnliche Mittel auch nur erwägt, dann kocht angeblich die Volksseele. Das ist doppelte Moral, die das Bürgertum doch wohl durchschauen wird. Das ist aber auch ein Beweis, daß die Landwirtschaft von der ihr neid- und vorbehaltlos zugestandenen Gleichberechtigung noch immer entfernt ist.

Im übrigen ist die Frage der Anwendung des Lieferstreiks vom Reichslandbund Abteilung Westfalen auch nicht einmal erwogen worden.

Kundgebungen für die Technische Nothilfe.

Auf dem Mitteldeutschen Handwerkertag in Magdeburg wurde folgende Entschließung für die Technische Nothilfe einstimmig angenommen:

„Der Mitteldeutsche Handwerkertag steht in der Technischen Nothilfe eine Organisation, die geeignet ist, in unserer heutigen durch innere und äußere Wirtschaftskämpfe schwer leidenden Zeit, eine Beruhigung des Wirtschaftslebens herbeizuführen, deren wir unbedingt bedürfen, um aus der Not unserer Zeit herauszukommen. —

Aus diesem Grunde begrüßt der Mitteldeutsche Handwerkertag die Ziele der Technischen Nothilfe und erachtet es für eine Ehrenpflicht des Deutschen Handwerks, der Technischen Nothilfe beizutreten."

Den bereits veröffentlichten Bekenntnissen zur Technischen Nothilfe aus studentischen Kreisen kann nunmehr folgender auf der 37. Tagung der Vereine deutscher Studenten in Kelbra gefaßte Verbandsbeschluß hinzugefügt werden: „Die Vereine deutscher Studenten machen es ihren Mitgliedern zur Pflicht, der Technischen Nothilfe beizutreten." — Mögen es nicht die letzten sein!

Zur Beamtenpolitik der Deutschen Volkspartei

wurde in der Beamtentagung der Deutschen Volkspartei folgende Entschließung gefaßt:

Der Beamtentag der Deutschen Volkspartei erklärt die Ergebnisse der Teuerungsverhandlungen für völlig unzureichend zur Beseitigung der augenblicklichen unendlich schweren Notlage der Beamtenschaft. Er bittet die parlamentarische Vertretung der Partei im Reich, in den Ländern und Gemeinden dafür Sorge zu tragen, daß eine weitere Erhöhung gewährt wird. Dabei bittet er grundsätzlich darauf hinzuwirken, daß: 1. im Hinblick auf die besonders schwere Wirtschaftsnot der untern Beamtengruppen und Diätare der prozentual gleiche Teuerungszuschlag so hoch wird, daß schon für die erste Besoldungsgruppe ein ausreichendes Einkommen gesichert ist; 2. die sofortige steuerfreie Hergabe eines größeren Betrags für die Einnahme von Wintervorräten herbeigeführt werde, sei es durch die Gewährung einer einmaligen Beschaffungsbeihilfe oder in Form einer Nachzahlung durch eine erheblich weitere Zurückdatierung der Zugeständnisse; 3. die durch die neuen Verhandlungen neuerdings wieder vertiefte Minderbewertung der Beamten gegenüber Arbeitern endlich zum Ausgleich gebracht werde; 4. den mit dem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch ringenden Pensionären und Hinterbliebenen im weitestgehenden Maß sofort geholfen werde.

Weiter wurden folgende Anträge angenommen: Der Beamtentag der Deutschen Volkspartei fordert die Beseitigung der durch kennerlei Gründe gerechtfertigten Staffelung der Teuerungszuschläge zu Gehalt und Kinderbeihilfen nach Ortsklassen. — Der Beamtentag der Deutschen Volkspartei fordert die Gleichstellung aller Ruhegehaltsempfänger im Reich und in den Ländern nach dem Muster der preußischen Bestimmungen. Der Beamtentag der Deutschen Volkspartei stellt sich grundsätzlich auf den Standpunkt, daß eine unterschiedliche Behandlung der männlichen und der weiblichen Beamten in ihrer Wertung und Besoldung nicht stattfinden darf, er verurteilt daher auch das Verfahren der Reichsregierung, das die weiblichen Diätare bei der Festsetzung der Teuerungszulagen neuerdings hinter die männlichen außerplanmäßigen Beamten zurückstellt. Der Beamtentag der Deutschen Volkspartei ersucht die parlamentarischen Vertretungen seiner Partei, dafür Sorge zu tragen, daß die Besoldungsordnungen der Gemeinden schneller als bisher denen des Reichs und des Landes angepaßt werden.

Die Arbeitgeberverbände zum Arbeitsnachweisgesetz.

(TU) Der Arbeitsnachweisausschuß der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, hat zu dem vorliegenden Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes grundsätzliche Stellung genommen. Der Ausschuß vermag das Bedürfnis einer gesetzlichen Regelung der gesamten Arbeitsvermittelung, d. h. der Vermittelung für sämtl. Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) nicht anzuerkennen. Es sei hier auf das englische Arbeitsnachweisgesetz hinzuweisen, welches seine Wirksamkeit tatsächlich auf die Vermittelung ungelernter Arbeiter beschränkt. Im übrigen ist die Einrichtung öffentlicher Arbeitsnachweise von dem Bedürfnis abhängig gemacht. Die Arbeitsvermittelung für Angestellte auf dem im Entwurf vorgeschlagenen Wege ist praktisch undenkbar. Der Entwurf sieht die zeitweise Bildung von öffentlichen Arbeitsnachweisen für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde vor. Es ist also, ganz gleichgültig, ob ein Bedürfnis vorliegt oder nicht, mit der Wirksamkeit von etwa 5000 öffentlichen Arbeitsnachweisen zu rechnen. Die Kosten dieser Arbeitsnachweise mit der Schaffung des dazu nötigen neuen ungeheuren Beamtenapparates sind so gewaltig, daß sie unsere Wirtschaft bei ihrer sonstigen überaus hohen Anspannung zu tragen nicht in der Lage ist. Hierzu kommen die Kosten von etwa 20 Landesarbeitsämtern, die so, wie sie schon jetzt bestehen, sehr große Mittel erfordern, und das Reichsamt zur Arbeitsvermittelung. Für die Notwendigkeit der Uebertragung des Monopols der Arbeitsvermittelung an die öffentlichen Arbeitsnachweise bleibt der Entwurf den Beweis schuldig. Die Vielgestaltigkeit und Verzweigtheit unseres Wirtschaftslebens erfordern auch in der Organisationsform Freiheit und Mannigfaltigkeit. Die allgemeine Vermittelung durch öffentliche Behörden bringt überdies erfahrungsgemäß eine Bürokratisierung mit sich, die gerade für die Auswahl der geeigneten Arbeitskräfte am wenigsten am Platze ist. Jede Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen und Einmischung in die Arbeitskämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bringt die Gefahr wirtschaftlichen Unfriedens mit sich. Die Notwendigkeit der freien Entfaltung der deutschen Wirtschaft erfordert, daß alle Zwangsbestimmungen bei der Arbeitsvermittlung, insbesondere der Anmelde-, Benutzungs- und Nummernzwang, in jeglicher Form ausgeschlossen sind. Solche Zwangsbestimmungen liegen auch nicht im Interesse der tüchtigen Arbeiter. Der Grundsatz der Selbstverwaltung durch entscheidende Mitbestimmung der Interessenten in erheblich höherem Maße, als es der Gesetzentwurf vorsieht, ist sicherzustellen. Der Arbeitsnachweisausschuß erwartet, daß alle maßgebenden Stellen den vorliegenden Gesetzentwurf einer entsprechenden Aenderung unterziehen.

Die Generalpolitik des Völkerbundes.

(TU) Die große Aussprache über die Generalpolitik des Völkerbundes hat gestern vormittag begonnen. Als erster Redner erkannte Branting, der Vertreter Schwedens, an, daß das vom Völkerbund unternommene Werk schon zu großen Ergebnissen geführt habe, doch könne er die Enttäuschung nicht verhehlen, die der Völkerbund in seinem Lande hervorgerufen habe. Im Namen des Rates wird Balfour auf die Rede antworten. Als zweiter Redner nahm Cecil, der Delegierte Südafrikas, das Wort. Er sprach seine Befriedigung aus über das vom Völkerbund durchgeführte Werk, besonders in der Frage der Heimschaffung der Kriegsgefangenen und der Deportation von Frauen und Kindern in der Türkei und bezüglich des internationalen Justizhofes, der bald wieder hergestellt wird. Cecil spricht weiter über die Frage der Beschränkung der Rüstungen und bringt am Schluß seiner Rede die folgende Resolution ein: 1. Der Völkerbund spricht seine Befriedigung aus über die vom Völkerbund gemachten Anstrengungen und begrüßt die Absicht, den Besprechungen die Oeffentlichkeit zu geben. 2. Der Völkerbund bedauert, daß die Verteilung der Mandate solange hinausgeschoben wurde; er erkennt aber an, daß der Rat dafür nicht verantwortlich ist. — Nach einer Rede des Prinzen Dohah (Persien), der der Ansicht ist, daß es nicht schwer fallen wird, die Interessen des Völkerbundes mit den allgemeinen Interessen auszusöhnen, wird die Sitzung um 12,30 Uhr aufgehoben. Die nächste Sitzung findet am Freitag gegen ½11 Uhr statt.

Die westungarische Frage.

(TU) Die ungarische Regierung hat die Note der Entente mit einer Gegennote beantwortet. Die Antwort wird von der Entente ebenfalls mit einer Note beantwortet werden, worauf die ungarische Regierung sich zur Räumung des Burgenlandes wird entschließen müssen. Bis zu diesem Zeitpunkt können aber noch einige Wochen verlaufen. Die ungarische Regierung vertritt den Standpunkt, daß die Bevölkerung Westungarns von einem Anschluß an Oesterreich nichts wissen will und daß Oesterreich die Angliederung nur mit Gewalt vollführen kann. Die ungarische Regierung will nichts unternehmen, was der Stimmung der öffentlichen Meinung zuwiderläuft. Infolgedessen wird die Lage als ziemlich ernst angesehen. Ungarisches Militär, das aus Oedenburg kam und durch Banden verstärkt wurde, hat den Ort Agendorf, der bisher in den Händen der Oesterreicher war, angegriffen. Die österreichische Gendarmerie mußte sich zurückziehen und den Ort den Ungarn überlassen.

Da die Entente selbst keine Machtmittel besitzt, um die Ungarn zur Einstellung ihrer Unternehmungen in Deutsch-Oesterreich und der Räumung des Burgenlandes zu zwingen, erwartet man in Paris, daß die alliierten Mächte diese Aufgabe der Kleinen Entente übertragen werden. Wegen ihrer entschiedenen antihabsburgischen Militärkonvention ist, man überzeugt, daß die Kleine Entente die Aufgabe ohne weiteres auf sich nehmen und daß auch Italien sich anschließen wird.

Angora noch in türkischen Händen.

In London eingetroffene Meldungen aus Kleinasien bestätigen nicht die griechischen Meldungen von dem Fall Angoras, vielmehr sind die Griechen nach diesen Depeschen an der Sakkariafront bisher nur ungefähr sieben Kilometer vorgerückt. Sie hatten in den bisherigen Kämpfen an dieser Front etwa 20 000 Mann verloren. Nach einem Bericht der Belgischen Telegraphen-Agentur aus Konstantinopel leisten die Kemalisten am Sakkaria noch immer Widerstand. Die Kämpfe sind jedoch nicht mehr so heftig wie in der vorigen Woche.

Angora bereitet einen mesopotamischen Winterfeldzug vor.

Die „Times" veröffentlichen eine Reihe von Telegrammen ihrer Korrespondenten in Smyrna. Diesen Meldungen zufolge ist die Schlacht am Flusse Sikaria noch nicht ausgefochten, aber der Korrespondent behauptet, daß die griechischen Truppen stets vorwärts kommen. Am 31. August begannen die Türken eine starke Gegenoffensive, die aber offenbar nur darauf berechnet war, den Rückzug zu decken. Die türkischen Truppen scheinen an Munitionsmangel zu leiden. Es gelang den Griechen zuerst, den südlichen Flügel der türkischen Stellung und dann das Zentrum einzudrücken. Mustafa Kemal zieht sich langsam kämpfend zurück. Die Verluste auf beiden Seiten seien bedeutend. Aus Konstantinopel wird demselben Blatte noch gemeldet, daß es den Griechen gelungen sei, die Eisenbahn von Eski Schehir nach Angora bis Sarikevi zu reparieren, welches nur 40 Kilometer von der Eisenbahnbrücke über den Sikaria entfernt sei, eine Tatsache, die natürlich den Ausgang der Schlacht sehr beeinflusse.

Es sei jedoch zu befürchten, daß es den Griechen schließlich doch nicht gelingen werde, Angora zu nehmen. Jedenfalls sei aber der größte Teil der türkischen Armee in Sicherheit. In diesem Falle dürften die Nationalisten einen Winterfeldzug in Mesopotamien versuchen. Sie haben bisher, hart bedrängt von den Griechen, nichts gegen die Einsetzung des Emir Faissal in Bagdad unternehmen können. Aber damit haben sie ihre Ansprüche auf Mossul und Südkurdistan natürlich nicht aufgegeben. Die Engländer haben, als die ersten Siegesberichte der Griechen kamen, geglaubt, daß es gelingen würde, die Nationalisten ganz unschädlich zu machen. Ein Winterfeldzug in Mesopotamien sei für die Nationalisten, soweit das Klima in Frage komme, weniger gefährlich, als der im vorigen Jahre in Armenien unternommene. Vor einigen Tagen wurde bereits gemeldet, daß „Kurden" und „türkische Soldaten" in Mesopotamien rebellierten und daß die Unabhängigkeit dieses Distriktes ausgerufen sei. Aus den Berichten englischer Zeitungen war deutlich herauszulesen, daß Großbritannien eine starke Armee in Mesopotamien unterhalten müsse, wenn der Emir Faissal seinen Thron nicht ebenso schnell verlieren soll, wie er ihn gewonnen hat.

Spanischer Teilerfolg in Marokko.

Der Korrespondent der Times in Tanger meldet, daß eine spanische Abteilung, welche von Larrasch aus abrückte, einen bedeutenden Erfolg in den Bergen östlich von Albacar hatte. Die Truppen drangen mit Erfolg in das schwierige Gelände ein und brachten den aufrührerischen Stämmen eine empfindliche Niederlage bei. Man glaubt, daß dieser Erfolg einen großen Einfluß auf die Haltung der Aufständischen in diesem Distrikt haben wird.

Kleine Nachrichten.

Bei einer gestern stattgefundenen Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter Dr. Mayer und Briand, die einen allgemeinen Charakter hatte, wurde über die augenblickliche Lage in Deutschland gesprochen.

Die Besatzungsbehörden haben nunmehr die Forderung gestellt, daß alle Personen, die einen Waffenschein besitzen, mit einer weißen Armbinde versehen sein müssen.

Die französische Besatzungsbehörde hat das Verlangen gestellt, daß in Godesberg am Rhein ein Artillerielager gebaut wird, dessen Errichtung 24 Millionen Mark Kosten verursacht. Deutscherseits wird gegen dieses Verlangen Stellung genommen, da die Kosten von 24 Millionen Mark eine übermäßige Belastung der deutschen Finanzen darstelle.

Seit Mittwoch vormittag streikt der größte Teil der Magdeburger Arbeiterschaft. Am Streik sind beteiligt: Metallarbeiter, Maschinisten und Heizer, Kupferschmiede, Holzarbeiter, Fabrikarbeiter, Transportarbeiter, Textilarbeiter, Maler, Platzarbeiter, Glaser- und Töpferarbeiter. Die Zahl der Streikenden beträgt ca. 25 000.

Der Reichsminister des Innern hat die in Kassel erscheinende Ausgabe der Hessischen Arbeiterzeitung, des Organs der Kommunistischen Partei, verboten, wegen eines den Reichspräsidenten und die Reichsregierung beleidigenden Artikels. Außerdem wurde das deutschnationale Göttinger Tageblatt wegen Verächtlichmachung des Reichspräsidenten auf 14 Tage verboten.

Das japanische Konsulat in Köln teilt mit, daß die medizinische Fakultät in Japan eine Summe von 450 000 Mark zur Verteilung unter die deutschen medizinischen Fakultäten gestiftet habe. Auf die Universität Köln entfällt aus dieser Stiftung ein Betrag von 10 000 Mark.

Einer Meldung aus Tschita zufolge ist Baron Ungern Sternberg mit seinem ganzen Stabe gefangen genommen und nach Moskau transportiert worden. Die Säuberung der ostmongolischen Steppen von den Resten der weißen Truppen machte weitere Fortschritte.

„Evening Standard" meldet, daß ein neuer Plan einer Kreditgewährung an Deutschland in den Verein. Staaten entworfen werde. Mister Malsolm Summer, ein sehr bekannter amerikanischer Anwalt, sei gestern in London aus Berlin eingetroffen, wo er Verhandlungen in dieser Frage geführt habe.

Tagesereignisse.

— **(Wiederaufbau durch deutsche Arbeitskräfte?)** In einem Rundschreiben stellt sich der Präsident des französischen Wiederaufbaukomitees der zerstörten Gebiete, Baly, sowie der Sekretär des Komitees, Souchetame, auf den Standpunkt, daß deutsche Arbeitskräfte zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verwendet werden müßten. Zur Lösung dieser Frage wird daher von einflußreichen Persönlichkeiten der zerstörten Gebiete ein Kongreß im November abgehalten werden.

— **(Braunschweiger Dynamitattentäter verhaftet.)** In Verbindung mit den kürzlichen Dynamitanschlägen auf verschiedene Gebäude in Braunschweig sind dieser Tage auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft mehrere Kommunisten verhaftet worden, die in dem Verdacht stehen, an den Dynamitattentaten beteiligt gewesen zu sein. Unter ihnen befindet sich die Kommunistin Frau Fochauer, frühere bayrische Kultusministerin. Die Verhafteten sind auch verdächtig, an dem nächtlichen Ueberfall auf den Harzort Braunlage und auf das Postamt in Vohle im November v. Js., sowie an dem Raubüberfall auf einen Geldtransport im Dezember 1920 beteiligt gewesen zu sein. Der kürzliche Ueberfall auf den Generaldirektor Meyer der Ahlfeld-Delligser Maschinenfabrik, bei dem es auf einen Lohngeldtransport abgesehen war, ist, wie die Nachforschungen ergeben haben, von einer sechsköpfigen Bande begangen worden, deren Führer ein Bergmann August Ehbrecht aus dem preußischen Ort Meininghausen, Kreis Ahlfeld, ist. Ehbrecht ist flüchtig. Die Ehbrechtsche Bande soll es auch gewesen sein, die in Delligsen das Auto des Landrats Loeb aus Hameln anhielt.

— **(Die Frankenentlohnung auch für die Kommunalbeamten im Saargebiet.)** Der Regierungskommissar des Saargebietes hat an den Bürgermeister von Saarbrücken ein Schreiben gerichtet, nach dem vom 1. 4. 22 ab auch die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Kommunalverwaltungen in Franken entlohnt werden müssen. Der Regierungskommissar hat sich zu dieser Maßnahme, wie es heißt, veranlaßt gesehen, durch zahlreiche Eingaben, die aus den Kreisen der Beamten, Angestellten und Arbeiter eingereicht wurden. Die Kommunalverwaltungen werden daher für entsprechende Frankeneinkünfte Sorge zu tragen haben und es werde als notwendig erachtet, daß ab 1. 4. 22 die Steuern und die Zahlungen für Entnahme von Wasser, Gas und Elektrizität in Frankenwährung erhoben werden.

— **Der Gewerkschaftskongreß in Cordiff** nahm eine von Clynes begründete Entschließung an, in der gefordert wird, daß der Völkerbund derart umgestaltet werde, daß er volle Gelegenheit für eine angemessene demokratische Vertretung aller Nationen bietet. Weiter heißt es, der Frieden könne nur gesichert werden durch Schaffung einer internationalen Körperschaft, die das Vertrauen der Bevölkerung aller Länder besitzt, das nur gewonnen werden kann durch angemessene direkte Vertretung der Arbeiterparteien in der Völkerbundsversammlung.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Hörde, 9. Sept. **Der Zentral-Verband der Invaliden und Witwen,** Ortsgruppe Hörde, hält am Sonntag, den 11. d. M., nachmittags 2½ Uhr, im Lokale des Herrn Röder in der Rathausstraße eine Mitglieder-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht unter anderm als einer der wichtigsten Punkte die Beschlußfassung über die Verteilung der durch Veranstaltung der Kirmes eingenommenen Gelder und zum Schluß der Versammlung die Zahlung an die Mitglieder des Verbandes. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen, da die Zahlung nur an diesem Tage stattfindet und Ausnahmen nur in ganz besonderen Fällen gemacht werden können. Diejenigen Mitglieder, die an diesem Tage verhindert sein sollten, können das Geld durch erwachsene Familienangehörige abholen lassen. Die Mitgliedskarte dient als Ausweis für sämtliche Mitglieder. (Näheres durch Inserat in der morgigen Nr. d. Bl.)